
Erklärung der Gewerkschaften zur COP 13ⁱⁱⁱ

Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen - UNFCCC
Bali, Indonesien (3.- 14. Dezember 2007)

Dieses Dokument kann abgerufen werden unter: http://www.global-unions.org/pdf/ohsewpP_12Bc.EN.pdf (engl. Version)

Einführung

Der Klimawandel ist längst nicht mehr als hypothetisch abzutun, sondern ist zu einer für alle erkennbaren und beunruhigenden Gewissheit geworden. Seine Auswirkungen werden noch für viele zukünftige Generationen spürbar sein. Eine Reihe wissenschaftlicher Studien, wie die Berichte des IPCC¹ oder des UNEP², haben bestätigt, dass der Klimawandel für Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern konkrete Auswirkungen auf Lebensumstände und Arbeitsplätze haben wird. Wiederkehrende Dürren, Überflutungen, endemische und infektiöse Krankheiten sind nur einige der vielen Folgen oder Nebenwirkungen, die mit dem Klimawandel einhergehen.

Von vermeintlich apokalyptischen Zukunftsvisionen dürfen wir uns dennoch nicht lähmen und zu Untätigkeit verleiten lassen. Vielmehr stehen wir heute an einem wichtigen Scheideweg und verfügen noch über einen ausreichend großen Entscheidungsspielraum, um die Zukunft für die kommenden Generationen gestalten zu können. Die Geschichte wird uns danach beurteilen, wie wir mit den uns heute zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen umgehen. Sind wir

aufrichtig gewillt, uns dieser monumentalen Herausforderung zu stellen?

Die Gewerkschaften sprechen sich dafür aus, dass wir alle zusammen diese Herausforderung annehmen, in solidarischem und gemeinsamem Handeln.

UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon erhält unsere volle Unterstützung, wenn er an die Weltgemeinschaft appelliert: „Wir können die Notwendigkeit zur Tugend machen; wir können neue und verbesserte Möglichkeiten finden, zu produzieren, zu konsumieren und zu entsorgen. Wir können umweltfreundliche Branchen fördern, die die Entwicklung vorantreiben und neue Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig für eine Senkung der Emissionen sorgen. Wir können in eine neue Ära der weltweiten Partnerschaft aufbrechen – eine Ära, in der der anschwellende Strom der klimafreundlichen Entwicklung nach und nach alle Boote ins Wasser hebt.“³

Wir rufen hiermit auf, Verantwortung und Verpflichtungen zu übernehmen. Als Vertreter der Gewerkschaften aus Nord und Süd laden wir alle anderen Akteure in Bali ein, gemeinsam die Industrieländer davon zu überzeugen, einer deutlichen Reduzierung ihrer Emissionen zuzustimmen. Die Behauptung, Wachstum und Beschäftigung würden dadurch beeinträchtigt, ist weder länger glaubhaft noch akzeptabel. Weiterer Aufschub ist nicht mehr vertretbar.

Kernaufgabe der COP 13 (Conference of the Parties) wird es sein, ein ehrgeiziges Mandat zu formulieren, das alle Länder dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen stärker zu senken, der die unterschiedliche Verantwortung berücksichtigt und zugleich den jeweiligen Fähigkeiten der Entwicklungsländer und deren Bedarf an internationaler Unterstützung gerecht wird. Es gibt ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass auch die Entwicklungsländer – und insbesondere diejenigen, die schon zu den großen Emittenten

i. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) vertritt 168 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 305 Mitgliedsorganisationen und 153 Ländern und Hoheitsgebieten. info@ituc-csi.org.

ii Der Gewerkschaftliche Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC) vertritt 58 nationale Gewerkschaftsbünde aus 30 industrialisierten OECD-Mitgliedsstaaten, die zusammen 66 Millionen Arbeitnehmer vertreten. tuac@tuac.org.

iii Diese Stellungnahme zur COP 13 wurde unter der Leitung der gewerkschaftlichen Arbeitsgruppe zum Klimawandel verfasst, die Gewerkschaftsverbände der meisten Regionen, Kontinente und Branchen umfasst.

¹ Der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) führt Forscher aus der ganzen Welt zusammen und analysiert umfassend, objektiv und auf offene und transparente Weise wissenschaftliche, technische und sozioökonomische Daten über die Risiken und die Möglichkeiten zur Anpassung an den Klimawandel bzw. zu dessen Abmilderung. An der Ausarbeitung des jüngsten Berichts – des im November 2007 abschließend veröffentlichten „Vierten Sachstandsbericht des IPCC“ – waren mehr als 2500 Wissenschaftler beteiligt.

² Weltumweltbericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP): „Global Environmental Outlook: Environment for development (Geo4)“, Oktober 2007.

³ Ban Ki Moon anlässlich der Präsentation des vierten Teils des Uno-Klimaberichts („Vierter Sachstandsbericht des IPCC“) am 17. November 2007.

von Treibhausgasen zählen oder bald zählen werden - aktiv beteiligt werden müssen.

Wir setzen uns hier auf Bali für einen Prozess des „gerechten Wandels“ ein und unterstützen und vertreten diejenigen, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Gerechtigkeit, Rechte, sozialer Schutz und Bildung sind Kennzeichen eines solchen Aufbruchs in eine nachhaltige Zukunft. Die Rechte der Frauen und der Jugend müssen Teil eines jeden Ansatzpunktes sein.

Die Gewerkschaften rufen hiermit zum Handeln auf. Als Vertreter vieler Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind wir und sie Teil der vielen, jetzt benötigten Lösungen. Daher übernehmen wir eine zweifache Verantwortung, gegenüber der Umwelt und gegenüber der Gesellschaft. Die Arbeitnehmer und Gewerkschaften setzen sich weiterhin auf allen Ebe-

nen – auf nationaler Ebene, in den Sektoren und am Arbeitsplatz – für eine Gesellschaft ein, die gerecht ist, die Umwelt schont und die Menschen- und Arbeitnehmerrechte anerkennt.

Wir als Gewerkschaften sind zuversichtlich, dass Bali den Beginn eines neuen und ehrgeizigeren Prozesses des sozialen Wandels einläuten wird, bei dem wir gemeinsam mit Herz und Verstand danach streben, den Fortbestand unseres Planeten auf der Grundlage der Solidarität und des gegenseitigen Respekts zu sichern.

Wir sind überzeugt, dass wir kraft unseres sozialen Zusammenhalts gemeinsam darauf hinarbeiten können, konkrete Veränderungen zu bewirken. Wir rufen die Regierungen und alle anderen auf, die Herausforderung anzunehmen und diese historische Aufgabe gemeinsam zu bewältigen.

Inhaltsverzeichnis

Die Gewerkschaften unterstützen eine ehrgeizige Kyoto-II-Vereinbarung (Nr. 1-7)

Der grüne Wandel: Herausforderungen und Möglichkeiten des Klimaschutzes (Nr. 8-14)

- Auswirkungen der Klimapolitik auf die Beschäftigung
- Die Zeit ist reif für „grüne“ Arbeitsplätze
- Einige Branchen stehen vor großen Herausforderungen

Anpassung: Armutsbekämpfung, menschenwürdige Arbeit, mehr Solidarität (Nr. 15-26)

- Solidarität auf globaler, nationaler und lokaler Ebene stärken
- Positive Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigung und Verminderung der Armut

Gerechter Wandel zu nachhaltiger Entwicklung (Nr. 27-35)

- Warum ist Wandel notwendig?
- Das Auskommen der Arbeitnehmer sichern
- Die wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft schützen

Gesellschaftliche Beteiligung, Stärkung der Sozialpartner (Nr. 36-40)

Finanzierung der Klimapolitik (Nr. 41-46)

Der Arbeitsplatz: Ein Handlungsfeld für die Klimapolitik (Nr. 47-54)

Technologische Möglichkeiten und soziale Verantwortung (Nr. 55-60)

Schlussbemerkungen (Nr. 61-62)

Die Gewerkschaften unterstützen eine ehrgeizige Kyoto-II-Vereinbarung

Die Gewerkschaften sind überzeugt, dass die weltweiten Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen geführt werden müssen.

1. Die Erneuerung des Kyoto-Protokolls nach 2012 ist heute die zentrale Herausforderung der Weltgemeinschaft. Wir als Gewerkschaften sind zuversichtlich, dass Bali den Beginn eines neuen und ehrgeizigeren Prozesses des sozialen Wandels einläuten wird, bei dem wir gemeinsam mit Herz und Verstand danach streben, den Fortbestand unseres Planeten auf der Grundlage der Solidarität und des gegenseitigen Respekts zu sichern.

Der IGB-Vorstand hat im Juni 2007 eindringlich dazu aufgerufen, den Kampf gegen den Klimawandel zur Priorität des internationalen Engagements der Gewerkschaften zu machen.

2. Die Gewerkschaften sind der Überzeugung, dass ein neues Abkommen den Anstieg der globalen

Durchschnittstemperatur auf maximal 2°C begrenzen sollte, um so einen sicheren und nachhaltigen Handlungsrahmen für die weltweite Reduzierung der Emissionen festzulegen.

Im Einklang mit diesem grundlegenden Ziel rufen die Gewerkschaften die Regierungen auf, bei den UN-Klimaverhandlungen auf Bali dem IPCC-Szenario zur Beschränkung der globalen Erderwärmung auf maximal 2°C zu folgen und die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 85 Prozent zu reduzieren.

Das IPCC hat darauf hingewiesen, dass uns nur noch wenige Jahre bleiben, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern. Der erforderliche rasche Umbau zu einer weltweit kohlenstoffarmen Wirtschaft stellt Arbeitnehmer und Ge-

werkschaften in den Industrie- und den Entwicklungsländern vor massive Herausforderungen. Es muss sichergestellt werden, dass die notwendigen Anpassungsfähigkeiten überall – und insbesondere in den Entwicklungsländern – gegeben sind.

3. Nach Maßgabe des Prinzips der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ ist jedes Land aufgefordert, sich je nach Stufe seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung an der nächsten Kyoto-Vereinbarung zu beteiligen.

- Die Industrieländer: Sollten sich auf weitere deutliche, kurzfristige Senkungen ihrer CO₂-Emissionen einigen. Das Vorhaben der Europäischen Union, die CO₂-Emissionen bis 2020 (auf Basis von 1990) um 30 Prozent zu senken (unter der Bedingung eines neuen internationalen Abkommens), kann als wichtiger Maßstab zur Selbstverpflichtung der Industrieländer insgesamt dienen, da ein weltweites Emissionshandelssystem Dreh- und Angelpunkt dieser Strategie sein wird.
- Die Entwicklungsländer: Die am weitesten vorgeschrittenen Entwicklungsländer können Schritt für Schritt Maßnahmen zur Vermeidung, Senkung, Stabilisierung oder kontrollierten Steigerung ihrer Treibhausgasemissionen ergreifen, beispielsweise über Zielvorgaben zum Einsatz erneuerbarer Energiequellen und zu CO₂-Abscheidung und -Speicherung, über Maßnahmen gegen Entwaldung oder die Entwicklung öffentlicher Verkehrssysteme.

4. Kriterien für die Lastenverteilung bei der Emissionsreduzierung: Die Lasten müssen gemäß dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung geteilt werden, sowie nach Maßgabe von Gerechtigkeitskriterien, die sich nach den Emissionsquellen (industrielle oder diffuse) und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der einzelnen Länder richten.

- Sektoren diffuser Emissionen sollten auf der Grundlage von Pro-Kopf-Emissionen analysiert werden.
- Industrielle Sektoren, die in den Emissionshandel einbezogen sind, sollten über sektorale Richtwerte (Benchmarking) oder durch Audit-Verfahren analysiert werden, wobei CO₂-Emissionen je Tonne Endprodukt zugrunde zu legen sind. Eine solche Analyse verfolgt das Ziel, die höchste Effizienz und den Einsatz der besten verfügbaren Technologien zu fördern.

- Entwicklungsunterschiede zwischen Ländern und die Angleichung wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen sind ebenfalls zu berücksichtigen.

All diese Elemente sind durch die Einbeziehung weiterer Unterschiede zwischen den Ländern anzupassen, wie die Bevölkerungsdichte, die Fläche des Landes (flächenmäßig größere Länder haben einen höheren Transportbedarf) und die Bedeutung energie- sowie arbeitsintensiver Sektoren im Energiebereich usw.

5. Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und gerechter Wandel.

Ein neues Abkommen sollte Folgendes abdecken:

- Auswirkungen auf die Beschäftigung aufgrund klimabedingter Verwerfungen, d. h. Standortverlagerungen, Migration, Arbeitslosigkeit in klimempfindlichen Branchen und Klimaflüchtlinge,
- Folgen für die Beschäftigung aufgrund der Ergreifung von Anpassungsmaßnahmen (Investitionen in die Infrastruktur oder tief greifende Änderungen der Produktion) und
- Folgen für die Beschäftigung aufgrund der Auswirkungen von Maßnahmen zum Klimaschutz.

6. Der Beschäftigungswandel sollte untersucht und entsprechend antizipiert werden, um soziale Gerechtigkeit sicherstellen zu können. Begleitmaßnahmen (wie die Förderung menschenwürdiger und „grüner“ Arbeitsplätze und sozialer Sicherungssysteme) sind bei der Entwicklung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu berücksichtigen.

Die Gewerkschaften treten dafür ein, Beschäftigung, Einkommen und Beseitigung der Armut in den Mittelpunkt der Diskussionen zu stellen. Auswirkungen auf die Beschäftigung sollten Bestandteil sämtlicher Szenarien sein.

7. Die Gewerkschaften treten für die Einführung eines dreigliedrigen sozialen Dialogs in jedem Land und auf sektoraler Ebene ein, um die Folgen und die notwendigen Übergangsmaßnahmen abzusehen und zu planen, und dies immer unter Berücksichtigung der sozialen Absicherung. Ein gutes Beispiel hierfür sind die runden Tische für den sozialen Dialog, wie sie in Spanien zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls und des nationalen Allokationsplans eingerichtet wurden (siehe Seite 16).

Der grüne Wandel: Herausforderungen und Möglichkeiten der Abmilderung

Auswirkungen der Klimapolitik auf die Beschäftigung

8. Der Vierte Sachstandsbericht des IPCC hat auf die gefährlichen und unumkehrbaren Konsequenzen eines unkontrollierten Klimawandels hingewiesen. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft

– inklusive der Beschäftigung – werden katastrophal sein, sofern keine ehrgeizigen Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen ergriffen werden. Zwar haben die Regierungen

bestimmter Industrieländer die Arbeitsplatzsicherung als Argument genutzt, sich nicht für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen einzusetzen, doch zeigen neuere Daten, dass Maßnahmen des Klimaschutzes insgesamt positive Auswirkungen auf die Beschäftigungslage haben. Die Gewerkschaften sind der Überzeugung, dass der Kampf gegen den Klimawandel eine potentiell positive Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze auf der Grundlage einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft darstellt.

9. Jüngste, auf der Basis fünf verschiedener Szenarien⁴ erstellte Schätzungen haben auf lange Sicht ein leicht positives Nettowachstum der weltweiten Beschäftigung ergeben. Dabei wurden aufgrund der Klimapolitik verloren gegangene und neu geschaffene Arbeitsplätze gegeneinander aufgerechnet. Gleichzeitig sind jedoch Arbeitsplatzverluste in bestimmten industriellen Sektoren und Regionen zu erwarten. Insgesamt werden durch die Umstellung auf eine umweltgerechte Produktionsweise die Beschäftigungspotentiale deutlich wachsen, insbesondere durch den Ausbau erneuerbarer Energien, wie Wind-, Sonnen- und Wasser-Kraftwerke, sowie durch die Nutzung von Biomasse, Energiesparmaßnahmen und die CCS-Technologie („saubere Kohle“). Der Apollo-Jobs-Report⁵ hat ein umfassendes Szenario politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen entwickelt, nach dem die US-Regierung über zehn Jahre insgesamt 300 Milliarden US-Dollar in vier verschiedene Bereiche investieren würde: Ausbau der Energiediversifizierung, Investitionen in Zukunftsbranchen, Förderung energieeffizienter Gebäude und die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur. Bei diesem Szenario entstünden allein durch den Ausbau der erneuerbaren Energien 459.189 neue Arbeitsplätze in den USA; insgesamt würden die vorgeschlagenen Investitionen 3,3 Millionen Arbeitsplätze schaffen. Weitere Studien und Statistiken belegen, dass bis Ende 2006 europaweit bis zu 800.000 neue Stellen entstanden sind – davon allein 235.000 in Deutschland – insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien. In Deutschland wird durch den Ausbau der erneuerbaren Energien mit der Schaffung von 400.000 neuen Arbeitsplätzen bis 2020 gerechnet.

⁴ OECD: „Environment and Employment: An Assessment“, Environment Directorate, OECD, 2004

⁵ Daniel M. Kammen, Kamal Kapadia und Matthias Fripp (2004): „Putting Renewables to Work: How Many Jobs Can the Clean Energy Industry Generate?“ RAEI Report, University of California, Berkeley, USA

Beobachtungsstelle für erneuerbare Energien und Beschäftigung (ISTAS)

In den vergangenen Jahren hat sich Spanien zu einem der wichtigsten Akteure der Entwicklung erneuerbarer Energien etabliert. Es entstehen neue Unternehmen und Arbeitsplätze. Um die Schwierigkeiten der erneuerbaren Energien, ihre sozialen Dimensionen und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt besser verstehen zu können, haben die Gewerkschaften ein neues Institut ins Leben gerufen – das „Centro de referencia de ISTAS de energías renovables y empleo“, das an das Instituto Sindical de Trabajo Ambiente y Salud (ISTAS) angegliedert ist (ein vom spanischen Gewerkschaftsbund CC.OO. gegründetes Institut für Arbeitsschutz und Umwelt). Dieses ‚Referenzzentrum‘ fördert und entwickelt neue Wege zur Nutzbarmachung erneuerbarer Energien und versteht sich als „Beobachtungsstelle“ für diesen Bereich und der damit verbundenen Fragen zu Beschäftigung und zu sozialen und beruflichen Kompetenzen. Das Institut fördert die Entwicklung politischer Handlungsoptionen für Institutionen, Branchen und Unternehmen.

10. Während für die Industrieländer die Senkung der Treibhausgasemissionen und damit verbunden die Entstehung neuer Arbeitsplätze im Vordergrund steht, können die Entwicklungsländer eine umweltverträgliche Politik unmittelbar mit ihren Strategien zur Reduzierung der Armut und ihrer Entwicklungspolitik verknüpfen. Beispielsweise können positive Beschäftigungseffekte durch energieeffizientes Bauen und Sanieren als Teil einer Strategie zur Arbeitsplatzbeschaffung in Schwellenländern entwickelt werden und so zu einer Senkung der CO₂-Emissionen beitragen. Genauso könnten Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur gleichzeitig menschenwürdige Arbeitsplätze schaffen, die

soziale Ausgrenzung mindern und CO₂-Emissionen senken.

11. Die Förderung von Forschungsbemühungen, die ein verlässliches Bild der langfristigen Nettobeschäftigungseffekte vermitteln, wird zu den wichtigsten Aufgaben der COP gehören, wobei Branchen und Regionen einzeln zu untersuchen sind. Die unten beschriebene, von den Gewerkschaften gemeinsam durchgeführte Untersuchung der europäischen Regionen veranschaulicht, welche konkreten Schritte unternommen werden können, um positive Veränderungen besser zu verstehen und zu planen. COP 13 sollte zu ähnlichen Studien für andere Regionen aufrufen.

Europäische Gewerkschaften untersuchen Synergien von Beschäftigung und Klimapolitik

Diese vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), Syndex, dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und vom ISTAS durchgeführte Studie untersuchte, welche Auswirkungen eine im Rahmen der Klimapolitik angestrebte Reduktion der CO₂-Emissionen in der Europäischen Union um 40 Prozent bis 2030 potenziell auf die Beschäftigung haben könnte. Dabei wurden insbesondere vier Sektoren (Energieproduktion, energieintensive Branchen, Transport und Baugewerbe) in elf EU-Mitgliedsstaaten untersucht. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass:

- eine Energieeinsparpolitik deutliche Auswirkungen auf die Beschäftigung im Sektor Energieerzeugung hat. Gleichzeitig zeigte sich, dass die Entwicklung neuer Möglichkeiten zur Energieeinsparung mehr Arbeitsplätze entstehen ließe, als dadurch in der Kohleindustrie gefährdet würden.
- in energieintensiven Sektoren ein reales Risiko der Arbeitsplatzabwanderung und einer „Verlagerung“ von CO₂-Emissionen in Länder außerhalb Europas droht, falls sich die EU ehrgeizige und einseitige Ziele der Emissionsreduktion setzt. Dieses Risiko lässt sich durch eine Industriepolitik abfedern, die einerseits öffentliche Mittel für Ausbildungsprogramme im Bereich Forschung und Entwicklung und andererseits einen Grenzsteuerausgleich für Importe, die keiner Regulierung zur Eindämmung des Klimawandels unterliegen, miteinander kombiniert.
- im Transportsektor durch den Ausbau von Alternativen zum Transport auf der Straße ein enormes Potenzial an neuen Arbeitsplätzen im Nicht-Straßentransport entsteht, dem jedoch große Herausforderungen im Automobilsektor und im straßengeführten Güterfrachtverkehr gegenüberstehen.
- das Baugewerbe eine erhebliche Quelle neuer Arbeitsplätze darstellt, jedoch einen großen Fortbildungsaufwand zu bewältigen hat, um Arbeitnehmer für den Bau energieeffizienter Gebäude sowie in Hinblick auf Innovationen zu schulen. Auch die Verfügbarkeit entsprechend qualifizierter Fachleute muss sichergestellt werden.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der Beschäftigungseffekt netto leicht positiv wäre. Die Studie verweist zudem darauf, dass eine Reihe von Elementen erforderlich ist: eine klare und

vorhersehbare Klimapolitik, beträchtliche öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung, erneuerbare Energien und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, öffentliche Verkehrsinfrastruktur und energetische Gebäudesanierung sowie entsprechend abgestimmte wirtschaftliche Steuerinstrumente, die auch die Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte und energieintensive Branchen berücksichtigen. Die Autoren fordern die Einführung spezieller Programme für den Beschäftigungswandel, die finanziell angemessen ausgestattet sein und mit den Sozialpartnern verhandelt werden müssen, um negative soziale Folgen der Anpassungs- und Klimaschutzpolitik für die Arbeitnehmer voraussehen, minimieren und lindern zu können.

Die Zeit ist reif für „grüne“ Arbeitsplätze

12. „Grüne Arbeitsplätze“ sind nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) „menschwürdige Arbeitsplätze“ mit hohen arbeitsrechtlichen Standards und Arbeitsbedingungen und darüber hinaus mit einer hohen Energieeffizienz und geringen Emissionen. Die Gewerkschaften unterstützen die Schaffung „grüner“ Arbeitsplätze und rufen die Regierungen dazu auf, dieses Ziel zu fördern, da sie gute Arbeitsbedingungen und Einkommen versprechen und so für Wachstum und Klimaschutz sorgen.

„Grüne“ Arbeitsplätze entstehen bereits in hoher Zahl. Sie sind zu finden in Branchen wie den erneuerbaren Energien, bei Dienstleistungen zur Steigerung der Energieeffizienz und im Anlagenbau, bei

den öffentlichen Verkehrsmitteln, in der nachhaltigen Stadtentwicklung, der Wiedereingliederung von Brachland sowie im Recycling.

Dennoch ist eine kohärente Politik erforderlich, um das Potenzial „grüner“ Arbeitsplätze weiter auszubauen. Da umweltfreundliche Arbeitgeber nicht zwingend bessere Arbeitgeber sind, halten die Gewerkschaften an ihrem Auftrag fest, sich um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu kümmern – in traditionellen wie in fortschrittlichen Branchen und Sektoren. In Branchen wie der Forst- oder Landwirtschaft beispielsweise können stabile und faire Löhne angemessene Lebensbedingungen sicherstellen und zum Schutz der natürlichen Ressourcen beitragen.

Deutsche Gewerkschaften gehen bei der Energieplanung und -einsparung voran

Ein wichtiges Experiment wurde in Deutschland angestoßen, wo sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und deutsche Einzelgewerkschaften mit der Regierung, Umweltverbänden und Arbeitgeberorganisationen zu einem Aktionsbündnis zur energetischen Gebäudesanierung zusammengeschlossen haben. Durch die breit angelegte Aktion wird das Klima geschützt, und es werden zugleich zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen.

Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und Umwelt sollten 300.000 Wohnungen und Häuser saniert, 200.000 Arbeitsplätze geschaffen und die CO₂-Emissionen jährlich um 2 Millionen Tonnen gesenkt werden. Rechnet man die Einsparungen der Mieter, Vermieter und der Städte und Gemeinden für Heizkosten sowie die Kosteneinsparungen durch eine Senkung der Arbeitslosigkeit und die Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer zusammen, kommt man auf Einsparungen in Höhe von etwa 3 Milliarden Euro. Vergleichbare Auswirkungen sind auch für ein angeschlossenes Projekt zu erwarten, so die Studie: „The renovation of a building – A chance for climate protection and the labour market“, die im Auftrag von Greenpeace Deutschland und der IG BAU durchgeführt wurde. Das unmittelbare Ziel dieser Aktionsbündnisse ist die verbesserte Isolierung von Gebäuden, die Modernisierung der Heiztechnologie und der Einsatz erneuerbarer Energien wie Photovoltaiksysteme und Solarkraftwerke.

Tausende neuer Arbeitsplätze wurden im Baugewerbe, in der Heiz-, Sanitär- und Klimatechnik sowie im Bereich Baudienstleistungen erwartet. Die Finanzierung des Programms wurde durch die deutsche Regierung übernommen, die über fünf Jahre mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung stellte. Weitere 6 Milliarden Euro wurden über zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt.

„Der EnergieSparFonds für Deutschland“. Der EnergieSparFonds unterstützt private, gewerbliche und öffentliche Energieverbraucher beim Energiesparen – nicht durch eine einfache Reduzierung des Verbrauchs, sondern durch eine effiziente Nutzung der beim Endnutzer eingesetzten Energie. Insgesamt erreichen die angegliederten Programme des EnergieSparFonds bis ins Jahr 2030 eine positive Netto-Mehrbeschäftigung von 1 Million Personenjahren. Jedes eingesparte Petajoule Endnutzerenergie schafft zusätzliche Arbeitsplätze in der Größenordnung von 103 Personenjahren. Die Idee dahinter: Die Vorfinanzierung von Energiesparmaßnahmen wird durch die eingesparten Energiekosten refinanziert.

13. Den Gewerkschaften ist bewusst, dass bestimmte Branchen unter den Anstrengungen zur Minderung des Klimawandels leiden werden. Sektoren, deren Geschäft auf fossilen Energieträgern basiert, sowie anderen energieintensiven Sektoren steht durch die politisch forcierte Reduzierung der CO₂-Emissionen ein tief greifender Wandel bevor. Das gilt nicht nur für Stahl-, Eisen- und Aluminiumproduzenten, sondern auch für energieintensive Dienstleister wie den Straßengüterverkehr.

So kommt beispielsweise eine Studie des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zu dem Schluss, dass die europäischen Kohleproduzenten und Erdölraffinerien mit Verlusten rechnen müssen. Es wird insbesondere erwartet, dass die Schließung von Kohlekraftwerken gravierende Auswirkungen auf die Beschäftigung in der Kohlebranche haben wird.

14. Die Gewerkschaften akzeptieren zwar, dass Veränderungen in einigen Sektoren unumgänglich sind, doch schlagen wir zugleich eine Reihe von Maßnahmen für einen fairen Wandel vor, um Härtefälle, denen die Arbeitnehmer aufgrund solcher Veränderungen ausgesetzt sein können, zu vermeiden. Übergangsmaßnahmen sollten sich in erster Linie auf energieintensive Sektoren konzentrieren und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hier über Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen einen Weg in neue Berufe eröffnen. So werden zwar in unserem Beispiel der Kohlekraftwerke noch einige Arbeiter unbesetzte Stellen in Heizkraft- und Gaskraftwerken übernehmen können, doch müssen auch hier zusätzliche Aspekte in Betracht gezogen werden, da sich diese offenen Stellen nicht in der gleichen Region befinden werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der wirtschaftlichen Diversifizierung von Gebieten geschenkt werden, in denen Kohlekraftwerke voraussichtlich geschlossen werden, so dass die örtliche Gemeinde nicht von einem letzten verbliebenen Arbeitgeber abhängt.

Solidarität auf globaler, nationaler und lokaler Ebene stärken

15. Wir wissen, dass selbst bei einer sofortigen und drastischen Senkung der Emissionen unser Klima einen dramatischen Wandel erfahren wird. Das Ausmaß dieses Wandels wird von den Maßnahmen zur Abmilderung abhängen. Unser Vermögen, auf diesen Wandel zu reagieren und unsere Verwundbarkeit gegenüber dem Klimawandel zu verringern, hängt von unserer Fähigkeit ab, dringende Anpassungsmaßnahmen durchzuführen.

Wie viele andere sind auch die Gewerkschaften der Ansicht, dass unser Anpassungsvermögen in erster Linie eng mit dem Einkommen und den Fähigkeiten des Einzelnen verknüpft ist. Auch wenn jedermann die negativen Auswirkungen des Klimawandels erfährt, so werden diejenigen am härtesten davon getroffen werden, die am verwundbarsten sind, und zwar in Industrieländern genauso wie in Entwicklungsländern. Den Armen mangelt es häufig an Mitteln, Informationen oder Zugang zu Dienstleistungen, mit deren Hilfe sie den Auswirkungen des Klimawandels zuvorkommen könnten.

16. Die Armen in Entwicklungsländern werden eine doppelte Last zu tragen haben: Erstens liegen die meisten Entwicklungsländer in den Tropen und Subtropen, die den Voraussagen nach die Auswirkungen des Klimawandels viel stärker zu spüren bekommen werden: Afrika, Asien, Lateinamerika und die kleinen Inselstaaten wurden alle als Problemgebiete identifiziert.

Zweitens sind Entwicklungsländer häufig weniger in der Lage, mit widrigen Klimaauswirkungen zurechtzukommen: Armut verschärft die Auswirkungen des Umweltwandels und wird durch sie verschärft. Die Menschen in diesen Ländern hängen in hohem Maße von klimaempfindlichen Ressourcen ab, sie haben eine geringe Anpassungsfähigkeit und die Ärmsten unter ihnen haben jetzt schon enorme Schwierigkeiten, mit den aktuellen extremen Wetterereignissen und Klimaschwankungen fertig zu werden.

17. Diese Auswirkungen verschlimmern den Teufelskreis der Armut, da sie weitere negative Folgen für die Entwicklung der Entwicklungsländer mit sich bringen. Umweltereignisse belasten arme Haushalte ganz enorm: Dürren, Raubbau an Ressourcen und Überflutungen sind unter anderem entweder der Grund für die ohnehin kritische soziale und wirtschaftliche Situation oder sie verstärken diese noch: Der Raubbau mit Ressourcen verschärft die Arbeitslosigkeit. Dies fördert die Abwanderung, was zu einem Verlust an Arbeitskräften und der Gefährdung ländlicher Wirtschaftsbereiche beiträgt.

Angesichts des Umfangs der Probleme, vor denen die Entwicklungsländer stehen, ist die derzeitige internationale Zusammenarbeit eindeutig unzureichend. Der Klimawandel ist ein globales Problem, also muss die internationale Gemeinschaft auch die globale Solidarität vorrangig behandeln.

**COP-13-Erklärung zur Forstwirtschaft
Bau- und Holzarbeiterinternationale**

Wälder bieten Arbeitern und Gemeinden weltweit Lebensgrundlage und Wohlergehen. Forstgebiete müssen ordnungsgemäß bewirtschaftet werden.

Die Waldarbeiter und ihre Gewerkschaften sichern die Versorgung ganzer Gemeinden, von denen viele in ländlichen, weithin stark von Armut betroffenen Gegenden auf der Südhalbkugel liegen.

Ein angemessener Maßnahmenkatalog muss Fehlentscheidungen verhindern, die das Überleben der Familien und die Gesundheit der Wälder zueinander in Widerspruch setzen:

- Einbeziehung von Waldarbeitern und Gewerkschaften bei der Bekämpfung von Armut und Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Forstwirtschaftspraxis,
- Förderung einer gerechten Verteilung der landwirtschaftlichen Erträge in den Gebieten, in denen die Arbeiter leben,
- Förderung menschenwürdiger Arbeitsplätze, Einkommen und Lebensbedingungen,
- Reduzierung des Bedarfs an nicht nachhaltigem Roden, Abernten und Holzeinschlag durch Schaffung von Märkten und legalen Infrastrukturen für die Holzbearbeitung sowie Beschaffungsrichtlinien der Regierung,
- Verstärkung der Überwachung und der Durchsetzung (einschließlich polizeilicher Kontrollen), auch durch den Handel,
- Ankurbeln der Nutzung von Erzeugnissen auf Recyclingholzbasis als wertvoller Lieferant erneuerbarer Energie, der Arbeitsplätze schafft und Landgemeinden, in denen vorwiegend Holz verarbeitet wird, zu Wohlstand verhilft.

18. Die Regierungen spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht sicherzustellen, dass vernünftige Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden, angefangen mit öffentlichen Reaktionen und Investitionen, Vorschriften und politischen Richtlinien sowie wirtschaftlicher und institutioneller Unterstützung für den Privatsektor und die Zivilgesellschaft. Andere Anpassungsaspekte, wie z. B. bedeutende Infrastrukturentscheidungen, werden größere Voraussicht und Planung erfordern und einige, wie Wissen und Technologie, werden von globalem Nutzen sein.

Die Gewerkschaften appellieren an die Regierungen und die Gesellschaft, sich mit denen solidarisch zu zeigen, die am verwundbarsten sind. Die internationale Solidarität muss verstärkt werden und Hilfe für Notsituationen und Katastrophen sowie finanzielle Mittel für schnelle Anpassungsprogramme umfassen. Zur nationalen Solidarität gehören steigende Investitionen in die Sicherung des Überlebens der Ärmsten durch die Entwicklung sozialer Schutzmaßnahmen, Strategien zur Bekämpfung der Armut und Programme zur Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze. Eine der größten Herausforderungen auf diesem Gebiet ist die Stärkung und Befähigung der Regierung in vielen armen oder Schwellenländern. Von nun an wird demokratische Regierungsgewalt auch die Reaktion einer Regierung auf den Klimawandel beschreiben.

19. Ein qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienst und eine starke Führungsrolle des öffentlichen Sektors müssen das Kernstück der globalen Reaktion auf den Klimawandel sein. Wie der Stern-Report uns in Erinnerung gerufen hat, stellt der Klimawandel das größte Marktversagen der Geschichte dar. Wir können nicht auf eben diese gescheiterten Marktmechanismen bauen, um aus der Krise herauszukommen. Investitionen in Wasser, Gesundheit, Transport, Wohnungswesen und andere wesentliche Infrastrukturen, auf die in dieser Erklärung gedrängt wird, sollten den zerstörerischen Trend zu Privatisierung und Liberalisierung umkehren und öffentlich sowie demokratisch rechenschaftspflichtig sein. Ebenso müssen wir öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung von neuen, sauberen Technologien auf der Grundlage erneuerbarer Energien, Klimaforschung und Reaktion im Katastrophenfall deutlich verstärken. Partnerschaften zwischen öffentlichen Einrichtungen, beispielsweise für Technologietransfer im Bereich der öffentlichen Energieversorgung, sollten gefördert und finanziell unterstützt werden. Verträge zur Vergabe öffentlicher Aufträge sollten genaue Angaben bezüglich Normen für Arbeitsrecht und ökologische Nachhaltigkeit enthalten.

20. Wie wird internationale Solidarität in Maßnahmen und Aktionen umgesetzt?

- Die Gewerkschaften sind der Ansicht, dass der beste Weg für entwickelte Länder zur Übung von Solidarität mit Entwicklungsländern in der Reduzierung ihrer eigenen Emissionen liegt, um künftiges Leid und irreversible Veränderungen zu begrenzen, und in der Schaffung von Mitteln für andere Länder, damit diese sich an den Reduzierungsmaßnahmen beteiligen können.

- Technologietransfer ist von grundlegender Bedeutung. Bedauerlicherweise mangelt es an wirklichen Verpflichtungen zur Entwicklung und zum Transfer von klimafreundlichen Technologien. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Erfüllung des Mandates der Konvention sicherzustellen, und Anstrengungen unternommen werden, um die vorgeschlagenen Varianten für saubere Technologien besser an die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen in Entwicklungsländern anzupassen. Die Gewerkschaften glauben, dass der Technologietransfer die Weiterentwicklung von Forschung und Innovation sicherstellen und das vorhandene Leistungsvermögen in Entwicklungsländern verbessern muss, da sie ursächlich für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze sorgen.

- Lenkung von Kapitalströmen für die Anpassung: Wasser, Gesundheitswesen und Infrastruktur wurden als die verwundbarsten Sektoren identifiziert, in die dringend investiert werden muss. Bei diesen Investitionen müssen aber auch andere Gegebenheiten berücksichtigt werden, z. B. das wachsende Auftreten von HIV/Aids oder anderer Krankheiten, die die Fähigkeit zur ordnungsgemäßen Erbringung derartiger Dienstleistungen einschränken. In diesem Zusammenhang sollten langfristige Kapitalströme in Entwicklungsländer gelenkt werden, damit diese sich besser an den Klimawandel anpassen können (siehe unsere Vorschläge zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel in Abs. 41-46).

Die Gewerkschaften fordern die Einlösung der in Monterrey und Gleneagles eingegangenen Verpflichtungen zu einer wesentlichen Steigerung der Entwicklungshilfe zwecks Unterstützung armer Länder und zu einer größeren Rechenschaftspflicht für Regierungen, die diese ordnungsgemäß von Jahr zu Jahr über ihre Verpflichtungen ablegen müssen.

Eine Verpflichtung zur Beseitigung der Armut und zur Förderung der Gleichstellung erfordert konkrete Schritte, damit die soziale Dimension in die Anwendung des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM), der Gemeinschaftsreduktion (GR) und des Emissionshandels (EH) mit aufgenommen wird. Dies erfordert u. a. die Entwicklung sozialer Indikatoren und anderer Werkzeuge, die umfassende gesellschaftliche Werte und Normen widerspiegeln. Die Einbeziehung der Arbeitnehmer ist unabdingbar, wenn es darum geht sicherzustellen, dass Projekte die Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung erfüllen. Darüber hinaus ist die Beteiligung von Arbeitnehmern aus Entwicklungsländern, die CDM-

Projekte durchführen, für die Gewährleistung der Nachhaltigkeit entscheidend. Die belgische Regierung hat gemeinsam mit den belgischen Gewerk-

schaften bewiesen, wie diese flexiblen Mechanismen zur Unterstützung sozialer und beschäftigungspolitischer Maßnahmen gestaltet werden können.

Belgische CDM- und GR-Projekte enthalten soziale Kriterien und beziehen Gewerkschaften mit ein

Gemäß den aktuellen Vorschriften für die Zeit von 2008 bis 2012 muss Belgien seinen Treibhausgasausstoß um 7,5 Prozent senken (im Vergleich zu dem Niveau von 1990). Zu diesem Zweck wurden eine Reihe von sozialen Kriterien in die Bedingungen für Ausschreibungen zum Kauf von Quoten für den Treibhausgasausstoß eingefügt, womit die Empfehlungen eines Fachausschusses befolgt wurden, der sich aus Vertretern von Regierung, Gewerkschaften, Arbeitgebern und nichtstaatlichen Organisationen (NGO) zusammensetzt. Durch die Einführung dieser flexiblen Mechanismen müssen die politischen Entscheidungsträger sich redlich um ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen bemühen.

Um berücksichtigt zu werden, müssen die Vertreter von Projekten die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die in der Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit berücksichtigten acht Kernübereinkommen sowie die IAO-Übereinkommen 155 über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt und 169 über eingeborene und in Stämmen lebende Völker anerkennen.

Auch Beschäftigungszahlen, Qualitätsentwicklung und Ausbildung von Fertigkeiten sind Faktoren von Interesse. Die Vertreter müssen nachweisen, dass sie die Arbeitsgesetzgebung einhalten, und den Zugang zu wesentlichen Leistungen einschließlich Energieversorgung sicherstellen. Sie müssen einen Plan zur Überwachung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Projektes ausarbeiten. Falls eine Vorfinanzierung des Projektes gewünscht wird, müssen die Gewerkschaften in den Überwachungsprozess mit eingebunden werden, der die Einbeziehung der Arbeitnehmer und die Aktivitäten von Gewerkschaften in Nicht-Anhang-I-Ländern fördert. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Einhaltung extensiver Kriterien keine nennenswerten Hürden im Ausschreibungsverfahren darstellt. Siehe auch: www.climatechange.be/jicdmtdender/

Positive Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigung und Verminderung der Armut

21. Die Anpassung an den Klimawandel bietet die Möglichkeit, in der wirtschaftlichen Entwicklung neue Wege zu beschreiten; einer Entwicklung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und respektvoll mit der Umwelt und den Rechten der Arbeitnehmer umgeht. Es bedarf regionaler, sektoraler und lokaler Forschung, um die möglichen Anpassungsmaßnahmen auf Wirtschaft, Beschäftigung und Verminderung der Armut besser zu verstehen. Gleichwohl können wir mit Sicherheit sagen, dass Anpassungsstrategien, durch die die Fähigkeit der Gesellschaft und der Wirtschaft verbessert wird, auf den Klimawandel zu reagieren und sich ihm anzupassen, im Wesentlichen keine negativen Auswirkungen auf Lebensumstände oder Beschäftigung haben.

Während sich der Klimawandel negativ auf Land- und Forstwirtschaft, Ökosysteme, Siedlungsgebiete und Gesundheit, insbesondere auf der südlichen Halbkugel, auswirken wird, könnten begleitende Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden, um positive Effekte auf die Beschäftigung zu erzielen oder zumindest das Ausmaß der negativen Auswirkungen zu mindern.

Anpassung kann also auch positive Möglichkeiten für Risikosektoren bieten und sogar zur Verbesserung der Bildungs- und Einkommenssituation der Arbeitnehmer beitragen. Ein Beispiel hierfür ist der Anpassungsmaßnahmenplan des Landes Lesotho, in dem alle Anpassungsmaßnahmen entsprechend ihrer Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verminderung der Armut analysiert werden, so dass das Land nur diejenigen Maßnahmen auswählt, die auf beiden Gebieten zu positiven Ergebnissen führen. Dies wird für alle Länder empfohlen, da die Reduzierung der Arbeitslosigkeit oberste Priorität im Kampf gegen die Armut hat.

Anpassungsmaßnahmen sind in den einzelnen Sektoren unterschiedlich, aber sie alle sollten Regelungen für Arbeitnehmer vorsehen, deren Arbeitsplätze durch geänderte Produktionsbedingungen gefährdet werden, die zur Vorbereitung unserer Gesellschaft und Wirtschaft auf die Auswirkungen des Klimawandels erforderlich sind.

22. Wie kann Anpassung dem Verlust von Arbeitsplätzen vorbeugen? Nur durch die Anpassung verwundbarer Sektoren können wir uns wirt-

schaftliche und nachhaltige Perspektiven sichern. Einige Beispiele aus verschiedenen Sektoren:

Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (in dem aufgrund des Klimawandels insbesondere im Süden eine Verringerung der Erträge, Ernteschäden, Bodenerosion und eine höhere Todesrate beim Viehbestand erwartet werden) müssen sich Anpassungsmaßnahmen auf den Ausbau nicht landwirtschaftlicher Aktivitäten sowie den Anbau von Feldfrüchten, die einer größeren Bandbreite von Witterungsbedingungen standhalten können, sowie von hitzeresistenten Pflanzen- und Baumarten konzentrieren. Die in der Wasserknappheit liegende Herausforderung erfordert neue Bewässerungsmethoden. In Kombination mit der Förderung von Biokraftstoffen würde dies einen Investitionsanreiz darstellen, jedoch die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in die Höhe treiben. Ein Teil des Landwirtschaftssektors wird entscheidende Verschiebungen im Bereich der öffentlichen Hilfe erforderlich machen, durch die allein eine stabile Nahrungsmittelproduktion sichergestellt werden könnte. Außerdem werden derartige Maßnahmen zur Einschränkung der negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaftstätigkeit und damit auf die Beschäftigung beitragen. Darüber hinaus bestätigen die Gewerkschaften nochmals die Notwendigkeit, im Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen das Vorsorgeprinzip walten zu lassen.

Was nun die menschliche Gesundheit angeht, so geht man davon aus, dass der Klimawandel auf ältere und gesundheitlich anfällige Menschen sehr viel gravierendere Auswirkungen haben wird. Darüber hinaus wird er die Produktivität der Arbeitnehmer durch wachsende Erkrankungs- und

Sterblichkeitsraten infolge bestimmter Krankheiten verringern. Auch wird der Temperaturanstieg die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer, die ihren Beruf unter freiem Himmel ausüben, verschlechtern (beispielsweise Bauarbeiter, Landarbeiter und Straßenarbeiter). Diese Auswirkungen werden massive Folgen für die Kapazitäten im Bereich der Gesundheits- und Sozialfürsorge haben. Anpassungsmaßnahmen müssen die Gesetzgebung hinsichtlich Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt verbessern und/oder die Gesundheitsdienstleistungen auf die gesundheitlich anfälligsten Gruppen ausdehnen. In den betroffenen Gemeinden kann sich dies positiv auf die Beschäftigungs- und Einkommenssituation auswirken.

Im Touristikbereich kann die Verwundbarkeit der Arbeitnehmer durch Maßnahmen vermindert werden, die sich auf die Entwicklung unterschiedlicher touristischer Aktivitäten oder die Förderung wirtschaftlicher Diversifizierung konzentrieren.

23. Wie kann Anpassung Arbeitsplätze schaffen? Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sind der Ausbau der nicht landwirtschaftlichen Aktivitäten, die Einrichtung von Baumschulen, Projekte zur Wiederaufforstung und die Förderung lokaler Technologien Beispiele für Maßnahmen, die die Anpassung an den Klimawandel erleichtern und zahlreiche Stellenangebote schaffen können. Die beiden letztgenannten Initiativen sind dafür bekannt, dass sie Arme, insbesondere Frauen, zu mehr Entscheidungsbefugnis verhelfen und ihnen die Möglichkeit geben, offiziell am Wirtschaftsleben teilzunehmen und das Familieneinkommen zu verbessern.

Die Bau- und Holzarbeiterinternationale entwickelt ihr eigenes Forstwirtschaftsprogramm

Fast 500 Mio. Menschen sind für ihren Lebensunterhalt auf den Wald angewiesen. Daher ist es dringend notwendig, ein Gleichgewicht zwischen der Bekämpfung der Armut und den Entwicklungserfordernissen einerseits und der nachhaltigen Nutzung der weltweiten Waldressourcen andererseits herzustellen.

Die Bau- und Holzarbeiterinternationale (BHI) führt gemeinsam mit den ihr angeschlossenen Gewerkschaften in Ghana, Burkina Faso, Kenia, Uganda und Mali eine Reihe von Initiativen im Bereich des nachhaltigen Forstmanagements (SFM) durch.

Die ersten Schritte wurden 2000 mit der Förderung der Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Aspekte unternommen. Baumschulen, Haine mit Kräuterunterpflanzung, Bienenzucht und forstliche Nichtholzprodukte wurden organisiert oder gefördert, um Einkommen zu schaffen und Armut zu vermindern. Es wurden Brunnen gebohrt, um den Gemeinden einfachen Zugang zu sauberem Wasser zu verschaffen. Arbeitnehmer wurden in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit geschult und für Umweltaspekte der Forstwirtschaft und Zertifizierung sensibilisiert. Örtliche Gemeinden, in der Branche tätige Unternehmen, Umweltschützer und Arbeitnehmervertreter wurden durch die Anpflanzung lokaler und exotischer Baumarten in die Erhaltung und den Schutz von Wassereinzugsgebieten und unverzichtbaren Biotopen einbezogen.

Die BHI stärkt aktiv die Möglichkeiten der Gewerkschaften bei der Forstzertifizierung, die auf die Stärkung sozialer Standards einschließlich der IAO-Kernstandards abzielt und in

das nachhaltige Forstmanagement (SFM) eingebunden ist. Die Ergebnisse belegen den Erfolg von Dialog und Planung auf breiter Basis unter Einbeziehung der Betroffenen.

Aufforstung in Ghana. In Ghana wurden in den letzten 50 Jahren 80 Prozent der Waldflächen abgeholzt. Die ghanaische Holz- und Waldarbeitergewerkschaft (TUC) führt ein eigenes Aufforstungsprojekt durch, um die sozialen und ökologischen, aber auch die nationalen wirtschaftlichen Folgen, die auf den Mangel an Holzressourcen im Forst- und Nutzholzbereich zurückzuführen sind, zu mildern.

Die Stiftung Soziale Gesellschaft - Nachhaltige Entwicklung der IG BAU unterstützt dieses Projekt.

Das bestehende Aufforstungsgebiet in Kokoago, Brong-Ahafo wird jetzt um ein weiteres Gelände für nachhaltiges Forstmanagement ausgeweitet. Das Projekt sichert die Zukunft der ghanaischen Nutzholzindustrie, hält das natürliche Ökosystem aufrecht, schafft Einkommen für die Gewerkschaft und baut Fertigkeiten und Wissen der Gewerkschaftsmitglieder im Bereich der nachhaltigen Forstwirtschaft aus.

24. Im Gesundheitssektor können neue Arbeitsplätze geschaffen werden, sofern die Regierungen Anpassungsstrategien ernsthaft umsetzen. Da das Gesundheitswesen wegen des steigenden Krankheitsrisikos ausgebaut werden muss, werden sich im Gesundheitsbereich neue Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben. Umfangreichere Schulungen der Arbeitnehmer und Schutzmaßnahmen gegen neue potenzielle Risiken sind erforderlich.

Auch im Bausektor werden als Folge von Investitionen in die Infrastruktur, beispielsweise Küstenschutz, Hochwasserbekämpfung, Wasserrückhaltung bei Entwässerungsmaßnahmen, Anpassung der Straßen, neue Arbeitsplätze entstehen. Gebäude, Infrastruktur und Wohnhäuser müssen besser an den Klimawandel angepasst werden, und politische Entscheidungen zur Förderung dieser Strategien, einschließlich der Nachrüstung von Gebäuden, werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.

25. Anpassung macht durch Hinzufügung einer ökologischen Komponente und die Sicherung von Investitionen in lebenswichtige Sektoren wie Gesundheit, Wasser und Infrastruktur, die sehr eng mit Armut und Schutzbedürftigkeit verknüpft sind, die Erneuerung von Entwicklungsstrategien möglich. Die Gewerkschaften appellieren an die Regierungen, diese

Gelegenheit zu ergreifen, um die Lebensumstände der Menschen nachhaltig zu verbessern.

26. Die Gewerkschaften glauben, dass Klimagerechtigkeit ohne Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern nicht möglich ist. Der Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter muss in allen Stadien der internationalen Strategie zum Klimawandel, von der Forschung bis zur Analyse, sowie in der Planung und Umsetzung von Abmilderungs- und Anpassungsstrategien angewandt werden, weil der Klimawandel nicht geschlechtsneutral ist. Frauen sind im Allgemeinen verwundbarer, weil sie unter den Armen und Machtlosen dieser Welt die Mehrheit darstellen. Auch sind sie zur Sicherung ihres Überlebens weit aus mehr auf natürliche Ressourcen angewiesen, die durch den Klimawandel bedroht sind. Der Tsunami, der 2004 über Asien hinwegging, tötete beispielsweise viermal so viele Frauen wie Männer. Frauen sind eine potenzielle Quelle von innovativen Anpassungsstrategien und müssen mit mehr Entscheidungsbefugnis ausgestattet werden, damit sie auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung über den Klimawandel eine entscheidende Rolle spielen können, auch innerhalb der Gewerkschaften und im Bereich der öffentlichen Versorgung.

Gerechter Wandel zu nachhaltiger Entwicklung

Warum ist der Wandel notwendig?

27. Unsere einleitenden Anmerkungen über die Zusammenhänge zwischen Abmilderung, Anpassung und der Arbeitswelt dienen dazu, zwischen Regierungen, Unternehmen und anderen Mitgliedern der Zivilgesellschaft eine gegenseitige Unterstützung aufzubauen, damit die Übergangsmaßnahmen den Lebensunterhalt der Arbeitnehmer und ihrer Familien sowie die Wirtschaftsaktivitäten in Stadt- und Landgemeinden sichern.

28. Diese Übergangsmaßnahmen, die unter dem Begriff „gerechter Wandel“ zusammengefasst wer-

den, sind nötig, um eine breite Unterstützung der Maßnahmen gegen den Klimawandel anzufachen, denn die Sorge um Arbeitsplätze wird immer wieder als Grund angeführt, um nichts gegen den Klimawandel zu unternehmen. Die Gewerkschaften glauben, dass es durch die Vorwegnahme, den Austausch und die gemeinsame Entscheidung über Maßnahmen möglich ist, einen fairen Weg zu einer sozial gerechten und ökologisch verantwortungsvollen Gesellschaft zu finden, und zwar sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern.

29. Im Zusammenhang mit der Reduzierung des Treibhausgasausstoßes erfordert der Übergang eine Analyse der tatsächlichen Folgen der Maßnahmen gegen den Klimawandel, bis hinunter zur Mikro-Ebene mit ihren potenziellen Einbußen für die schwächsten Akteure. Im Falle von Produktionsänderungen sind die Arbeitnehmer zusammen mit den Gemeinwesen, die ihre wichtigsten wirtschaftlichen Aktivitäten verlieren könnten, am anfälligsten. Eventuell erforderliche Änderungen im Konsumverhalten treffen arme Verbraucher am härtesten, weil sie hohe Preise für Leistungen wie Strom oder Heizöl bezahlen müssen. Eine gründliche Analyse und Identifizierung der verwundbaren Sektoren, Gemeinwesen und Individuen wird zu einer sachdienlichen und rechtzeitigen Entscheidungsfindung beitragen.

30. Im Zusammenhang mit der Anpassung läuft der Übergang vorrangig darauf hinaus, dass Arbeitnehmern bei der Wahrnehmung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, beim Aufbau von sozialen Schutzsystemen und bei der Förderung einer erheblichen

Das Auskommen der Arbeitnehmer sichern

33. Übergangsmaßnahmen sind erforderlich, um Arbeitnehmer vor den unvorhergesehenen Folgen der Maßnahmen gegen den Klimawandel zu schützen.

Schulung (berufliche Bildung in neuen und Umschulung für Arbeitnehmer in rückläufigen Sektoren). Verschiedene Studien⁶ haben Wirtschaftssektoren identifiziert, die hinsichtlich Abmilderungs- und Anpassungsmaßnahmen wesentliche Veränderungen erfahren werden. Die Gewerkschaften wissen, dass in einigen Fällen die einzigen Maßnahmen, mit denen den Arbeitnehmern ein menschenwürdiges und nachhaltiges Leben gesichert werden kann, darin bestehen, sie durch neue Qualifizierungs- und Schulungsmaßnahmen auf neue berufliche Tätigkeiten vorzubereiten. Diese müssen rechtzeitig geplant werden, da die Schulung von Arbeitskräften eine mittel- bis langfristige Strategie darstellt.

Soziale Schutzmaßnahmen einschließlich Krankenversicherung. Das Anrecht auf ein angemessenes Niveau von sozialen Schutzmaßnahmen wird in der Erklärung von Philadelphia⁷, den darauf folgenden IAO-Erklärungen sowie einer Reihe internationaler Beschäftigungsnormen als ein Grundrecht für alle Menschen anerkannt. Es wird auch weitgehend als ein Instrument zur Förderung des Wohlfahrtswesens und eines breiten sozialen Konsenses betrachtet, als dienlich und unerlässlich für den sozialen Frieden und damit für verbessertes Wirtschaftswachstum und Leistungsvermögen. In einigen Län-

wirtschaftlichen Diversifizierung geholfen werden muss. So können neue Arbeitsplätze geschaffen, die Neuqualifizierung von Arbeitnehmern gefördert und die Arbeitslosigkeit in den Gemeinden bekämpft werden.

31. Die Regierungen sollten darin unterstützt werden, das IAO-Übereinkommen 122 über die Beschäftigungspolitik zu ratifizieren und sich bei der Planung der Schritte hin zu einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik von dessen Empfehlungen leiten zu lassen.

32. Die Gewerkschaften glauben, dass Übergangsmaßnahmen als Gelegenheiten zur Verbesserung unserer Gesellschaften betrachtet werden sollten, indem man demokratische Aspekte und soziale Gerechtigkeit in die Entscheidungsfindung über Umweltfragen einfließen lässt. Darüber hinaus können diese Maßnahmen weitere soziale und wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen.

den jedoch, insbesondere in Entwicklungsländern, bleibt die Wirklichkeit extrem weit hinter diesen Idealvorstellungen zurück (d. h. in den meisten Entwicklungsländern kommen weniger als 20 Prozent der Arbeitskräfte in den Genuss herkömmlicher Systeme zur sozialen Sicherung, in vielen Ländern südlich der Sahara⁸ sind es weniger als zehn Prozent). Für eine ungeheure Zahl von Arbeitnehmern bedeutet der Verlust des Arbeitsplatzes oder eine Erkrankung den unmittelbaren Verlust ihres Einkommens und letzten Endes des Krankenversicherungsschutzes, wodurch sie in bittere Armut und tiefste Not fallen.

„Soziale Schutzmaßnahmen sind das Werkzeug, das moderne Gesellschaften entwickelt haben, um die Verwundbarkeit einiger Bereiche ihrer Bevölkerung in den Griff zu bekommen. Soziale Schutzsysteme müssen parallel zu Anpassungsmaßnahmen greifen, da sie die Verwundbarkeit durch den Klimawandel verringern und die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere in Entwicklungsländern, festigen können.“⁹

Nach Feststellungen der IAO müssen soziale Schutzmaßnahmen angepasst werden, um gegenwärtige Probleme zu meistern, von denen der Klimawandel ohne jeden Zweifel eines der größten ist.

Sozialer Dialog und Koalitionsfreiheit. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel ist es das Hauptziel des sozialen Dialogs - der von der Existenz demokratischer Arbeitnehmer- und Arbeitgeberor-

⁶ EGB-Studie über Klimawandel und Beschäftigung (Study on Climate Change and employment), 2007; 4. Klimabericht des Weltklimarats, Arbeitsgruppe II

⁷ Erklärung von Philadelphia über die Ziele und Zwecke der Internationalen Arbeitsorganisation.

⁸ Bericht des Generaldirektors der IAO über menschenwürdige Arbeit

⁹ Schulungshandbuch von UNEP, Sustainlabour und IGB zum Klimawandel

ganisationen abhängt, die die Ansichten ihrer Mitglieder vertreten können -, die Konsensbildung und die demokratische Einbeziehung der Hauptbeteiligten in der Arbeitswelt zu fördern. Erfolgreiche Strukturen und Verfahren im sozialen Dialog bergen das Potential, bedeutende wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen, eine verantwortungsvolle Regierungsführung zu unterstützen, soziale Stabilität und Arbeitsfrieden zu fördern und den wirtschaftlichen Fortschritt anzukurbeln.

Über den sozialen Dialog können Konflikte im Zusammenhang mit dem Klimawandel behandelt werden, beispielsweise:

- durch Förderung eines nachhaltigen Entwicklungsmodells und eines nachhaltig ertragsfähigen Systems.

Die wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft schützen

34. Andere Übergangsmaßnahmen sind erforderlich, um sicherzustellen, dass das wirtschaftliche Leben in den vom Klimawandel oder von den dagegen ergriffenen Maßnahmen betroffenen Regionen weitergeht. Aus diesem Grunde fordern die Gewerkschaften neben Abmilderung und Anpassung auch Maßnahmen zur wirtschaftlichen Diversifizierung (zur vollständigen Eingabe der Gewerkschaften zu diesem Thema siehe:

http://unfccc.int/adaptation/sbsta_agenda_item_adaptation/items/3994.php)

35. Die Gewerkschaften schlagen folgende Mittel für die Hinwendung zur wirtschaftlichen Diversifizierung in durch Abmilderung (u. a. energieintensive Industrien, Straßentransport) und Anpassung (klimaempfindliche Sektoren wie Landwirtschaft, Fischerei und Tourismus) verwundbaren Sektoren vor:

Den Wandel gemeinsam beherrschen. Die Regierungen müssen einen Informationsaustausch und Dialog mit den Akteuren aus den Sektoren, die vom Klimawandel oder von den dagegen ergriffenen Maßnahmen betroffen sind, ins Leben rufen und institutionalisieren, damit im Vorfeld besser auf Auswirkungen reagiert und der Übergang besser begleitet werden kann.

Lokale und regionale Verfahren zur Informationssammlung sollten den sozialen Dialog fördern und die betroffenen Akteure wie Bausteine einbeziehen, um ihre Bedürfnisse bezüglich der wirtschaftlichen Diversifizierung besser zu verstehen. Eine Analyse der Gewinner und Verlierer sowie Maßnahmen zur Verringerung von Elend wären vonnöten. Weder Abmilderungs- noch Anpassungsmaßnahmen sollten Armut oder Verwundbarkeiten verschärfen.

Den Wandel „anheizen“. Die Regierungen müssen Anreize für „neue Unternehmungen“ schaffen. Auf der Anpassungsseite bedarf es der Solidarität der Industrieländer durch die Bereitstellung von Mitteln,

- durch Förderung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung mithilfe von Innovation und technologischen Möglichkeiten.
- durch wirtschaftliche Verbesserungen und Schaffung einer besseren Beschäftigungssituation als ein Merkmal sozialen Zusammenhalts.
- durch Förderung der Sensibilisierung für den Klimawandel sowie durch Verstärkung des Engagements der Sozialpartner und der vom Wandel betroffenen Sektoren.
- durch Vorbeugung, Vorwegnahme und Bekämpfung sozialer Auswirkungen, insbesondere im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung.

aber auch durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Kanalisierung der neuen Erzeugnisse aus den entwickelten Ländern.

Ohne Frage stellt die Umwandlung bestehender Unternehmungen in neue Wirtschaftssektoren schwerwiegende Investitionen für den Privatsektor dar. Die Regierungen müssen jedoch diesen Veränderungen den Weg weisen, da der Privatsektor auf Signale warten wird, bevor er aktiv wird. Die Gewerkschaften fordern die Regierungen auf, baldige Maßnahmen zur Finanzierung von Strategien zur wirtschaftlichen Diversifizierung zu ergreifen. Dies ist die einzige Möglichkeit, um die Lebensumstände der verwundbarsten Gruppen zu schützen und zu verbessern.

Den Wandel anvisieren. Die Regierungen sollten sich auf wirtschaftliche Aktivitäten wie Technologietransfer, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschulungen sowie Forschung und Entwicklung konzentrieren. Eine Konzentration auf grüne Arbeitsplätze könnte den Nutzen vervielfachen.

Geldmittel für wirtschaftliche Diversifizierung müssen in Pilotprojekte, Ausbildung, Forschung und Entwicklung sowie in die Identifizierung von „Nischen“ für grüne Arbeitsplätze fließen.

Anzahl und Art der geschaffenen Arbeitsstellen müssen durch vereinbarte Kriterien bewertet werden; dadurch kann der Nutzen für Wirtschaft und Umwelt vervielfacht werden. Die Gewerkschaften fordern die Regierungen auf, die Verminderung der Armut und die Anpassung an den Klimawandel durch die Schaffung menschenwürdiger und grüner Arbeitsplätze zu fördern, da diese Formen der Beschäftigung zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum beitragen und die Menschen aus der Armut herausholen – dies ist der wichtigste Weg zur Verringerung der Verwundbarkeit durch den Klimawandel.

36. Der Dialog mit der Zivilgesellschaft muss die Gewerkschaften in den Entscheidungsfindungsprozess mit einbeziehen, damit Anpassung an den Klimawandel und dessen Abmilderung Erfolg haben. Es müssen Mechanismen zur Beteiligung an der Entscheidungsfindung über den Klimawandel auf internationaler, nationaler, sektoraler und betrieblicher Ebene eingeführt werden.

37. Wenn die Rechte der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz im Hinblick auf Produktionsentscheidungen anerkannt werden, kann Mitbestimmung erfolgreich gedeihen. Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung hat dazu aufgerufen, die Unterstützung der „Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) durch die Länder zu integrieren; die COP 13 muss diesen Aufruf befolgen und die Einführung von internationalen Beschäftigungsnormen, auf die sich diese Erklärung bezieht¹⁰, fördern.

38. Wir fordern die Regierungen auf, Gesetze und Vorschriften zu erlassen oder zu verschärfen, die die Rechte am Arbeitsplatz, die Rechte als Arbeitnehmer und die Mitbestimmung sicherstellen, beispielsweise durch Freistellung für Schulungsmaßnahmen oder für die Erfüllung ökologischer Pflichten oder gegebenenfalls durch Unterstützung der bezahlten Freistellung von Umweltschutzvertretern (weitere Rechte in Absatz 50 weiter unten).

39. Die Regierungen müssen bewährte Praktiken, bei denen Arbeitnehmer und Gewerkschaften einbezogen werden, sowie den Informationsaustausch hierüber zwischen den Ländervertretern aktiv unterstützen. Der nachfolgend dargestellte Fall einer bewährten Praxis in Spanien stellt ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche Beteiligung von Arbeitnehmern und Gewerkschaften bei der Entscheidungsfindung hinsichtlich des Klimawandels dar.

¹⁰ Die IAO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit ist Ausdruck einer von Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen eingegangenen Verpflichtung, grundlegende menschliche Werte aufrechtzuerhalten, die für unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben unerlässlich sind. Die Erklärung deckt vier Bereiche ab: Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen (festgeschrieben in den IAO-Übereinkommen 87 und 98); das Verbot von Zwangs- und Pflichtarbeit (festgeschrieben in den Übereinkommen 29 und 105), die Abschaffung von Kinderarbeit (festgeschrieben in den Übereinkommen 138 und 182), das Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz (festgeschrieben in den Übereinkommen 100 und 111). Siehe auch:

<http://www.ilo.org/dyn/declaris/DECLARATIONWEB.INDEXPAGE>

Spanische Regierung, Gewerkschaften & Unternehmen rufen Drei-Parteien-Plan gegen den Klimawandel ins Leben

Im Jahre 2005 wurde von der spanischen Regierung - gemeinsam mit den führenden Gewerkschafts- und Unternehmensverbänden des Landes - eine richtungsweisende Vereinbarung angenommen, die beinhaltet, die gemeinsame Aufsicht über die nationale Einhaltung des Kyoto-Protokolls zu institutionalisieren. Sowohl die Confederación Sindical de Comisiones Obreras (CC.OO.) als auch die Unión General de Trabajadores (UGT) beteiligen sich an der Vereinbarung, neben der spanischen Regierung und den beiden führenden Unternehmensverbänden in Spanien. Die Vereinbarung schafft eine Plattform für einen trilateralen sozialen Dialog über den Klimawandel, indem sie die Seiten an einem „runden Tisch“ zusammen bringt, der für die Verfolgung, Überwachung und Bewertung von Problemen verantwortlich ist, um die nationale Einhaltung des Kyoto-Protokolls zu steuern.

Die Vereinbarung verfolgt das Ziel, „die potentiell nachteiligen sozialen Auswirkungen, die sich aus der Einhaltung des Kyoto-Protokolls ergeben könnten, insbesondere solche in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, zu verhindern, zu vermeiden bzw. zu reduzieren.“

2007 fand die zweite Runde dieses sozialen Dialogs am „runden Tisch“ mit Vertretern der spanischen Gewerkschaftsbünde und Unternehmensverbände, gemeinsam mit den Ministerien für Umwelt, Arbeit und Wirtschaft statt. Sieben weitere runde Tische wurden dann organisiert, jeweils einer für jeden Wirtschaftssektor, mit dem Zweck, die obligatorischen Treibhausgasreduktionen im Nationalen Allokationsplan (NAP) zu prüfen. Eine erste Zusammenkunft für die Bereiche Wohnen, Handel und Gewerbe und die Verkehrsbranche wurde organisiert. Dies war das erste Mal, dass sich Vertreter von Regierung, Gewerkschaften und Wirtschaft zusammengefunden haben, um nach Lösungen für die zunehmenden Treibhausgasemissionen in den jeweiligen Branchen zu suchen.

Innerhalb dieses Rahmenprogramms zu Klimawandel, Beschäftigung und Einkommen hat die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) eine Studie zu den runden Tischen begonnen, die folgende Punkte dokumentieren und analysieren soll:

- Rolle und Funktion der runden Tische als Institutionen sowie
- die spezifischen Herausforderungen und Chancen, denen wir uns in den einzelnen Wirtschaftsbereichen gegenübersehen, und die Schritte, die daraufhin durch die runden Tische vorgeschlagen bzw. unternommen werden.

Die Studie, die von Sustainlabour durchgeführt wird, befindet sich in der Endphase und wird demnächst veröffentlicht werden.

40. Ziel von ‚Capacity Building‘, also Unterstützung, Bildung und Ausbildung von Fähigkeiten bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie in Gewerkschaften, muss das umfassende Engagement der Beschäftigten bei Initiativen gegen den Klimawandel sein. Gewerkschaften sind ein wichtiger Anbieter von Schulungs- und Bildungsmaßnahmen weltweit. Mit Hilfe gewerkschaftsbasierter Bildungsprogram-

me sollten Möglichkeiten ergriffen werden, das Bewusstsein der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihrer Vertreter für den Klimawandel zu schärfen, besonders, weil es allgemein bekannt ist, dass die Auswirkungen des Klimawandels direkt auf Haushalte und Gesellschaft durchschlagen. Zur Bestärkung und Unterstützung dieser gewerkschaftlichen Bestrebungen rufen wir die COP 13 auf.

UNEP & Sustainlabour starten Schulungsprogramm für Beschäftigte

Sustainlabour und UNEP haben ein 2-Jahres-Programm „Arbeit und Umwelt“ für Afrika, Asien und Lateinamerika begonnen. Das Programm wird von der spanischen Regierung unterstützt und soll einen Beitrag zum ‚Capacity Building‘ in den Gewerkschaften in zukunftsfähigen Entwicklungsbereichen leisten – unter anderem im Bereich Klimawandel. Eine der ersten Maßnahmen ist die Ausarbeitung eines Schulungshandbuchs zum Thema Klimawandel, in dem Gewerkschaftsmitglieder umfangreiche Informationen zum Klimawandel und zu dessen Auswirkungen finden, und – spezieller – dessen Einfluss auf

Beschäftigung und welche Maßnahmen die Gewerkschaften gegen den Klimawandel ergreifen.

Im Verlauf des Jahres 2008 wird es folgende Aktivitäten geben: eine internationale Konferenz zur Bildung von Ausbildern („Train the Trainers“), ein regionaler Schulungszyklus in Asien und ein weiterer dieser Art in Lateinamerika.

Diese Schulungen haben das Ziel, Kapazitäten in folgenden Problembereichen zu schaffen:

- Klimawandel und seine Folgen: Klimaschutz, Anpassung, Ökonomie des Klimawandels, die internationale Kontrolle des Klimawandels, Auswirkungen des Klimawandels auf die Beschäftigungssituation;
- Auswirkungen der Anpassung an den Klimawandel auf Beschäftigung: Maßnahmen, um die Anpassung an den Klimawandel voranzutreiben und Schaffung angemessener, umweltverträglicher Arbeitsplätze, regionale und branchenspezifische Beispiele, und ein vorweg greifendes Einstellen auf den Klimawandel – also, das Maximieren positiver und Minimierung negativer Effekte;
- Effekte des Klimaschutzes auf Beschäftigung, Maßnahmen, um den Klimaschutz voranzutreiben und Schaffung angemessener, umweltverträglicher Arbeitsplätze, Chancen für Synergien: Abschwächung des Klimawandels und sauberere Produktion, und wiederum, frühzeitiges Einstellen auf die Veränderungen – Maximieren positiver und Minimierung negativer Effekte
- Wie kann eine Einbeziehung der Gewerkschaften in die Entscheidungsfindung zu Strategien/ Richtlinien gegen den Klimawandel gewährleistet werden: Wie können Initiativen von Arbeitnehmern und Gewerkschaften am Arbeitsplatz zu einer Emissionsreduzierung beitragen, was tun wir derzeit dafür? – Maßnahmen der Gewerkschaften und praktische Beispiele.

Finanzierung der Klimapolitik

41. Wir befinden uns derzeit am Anfang des Prozesses, in dem wir die realen Kosten für die Minderung von Treibhausgasemissionen und eine Anpassung an den Klimawandel ermitteln. Die Minderungskosten erscheinen gewaltig, selbst wenn Fachleute darauf verweisen, sie seien niedrig im Vergleich zu den letztendlich anfallenden Kosten des Nichthandelns. Die meisten der Klimaschutzanstrengungen sollten in Industrieländern unternommen werden, in denen Mechanismen zur Förderung von Forschung, Innovation und Investitionen vorhanden sind, und zusätzlich sollten die Regierungen in der Lage sein, den Finanzfluss in derartige Investitionen umzulenken. Wir müssen die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit lenken, langfristige und nichtspekulative Investitionen voranzubringen, da z.B. Investitionen in Technologien mit niedrigem Kohlendioxidausstoß einen langfristigen Zeithorizont benötigen, bis sie sich amortisiert haben.

42. Die Gewerkschaften betonen die Rolle der Dienstleistungen in Bereichen wie z.B. Bildung, Gesundheitswesen und Verkehr sowie des Zugangs zu Energie zur Deckung der Grundbedürfnisse. Diese leisten einen entscheidenden Beitrag zu einer fairen und effizienten Klimapolitik. (Eine effiziente Klimapolitik erfordert hochqualifizierte Arbeitskräfte, Forscher und Ingenieure; öffentliche Verkehrsmittel helfen, Treibhausgase zu verringern und erweitern die Möglichkeiten für sozial Schwache, mobil zu

sein). Die Gewerkschaften sind der Meinung, dass ein faires und nach dem Umverteilungsprinzip wirkendes Steuersystem eine Hauptquelle für die Finanzierung eines qualitativ hochwertigen Dienstleistungsbereiches ist. Regierungen sind in der Lage, Dienstleistungskosten zwischen Reichen und Armen aufzuteilen und eine Infrastruktur zum Aufbau von Wohlstand und Vermögen eines Landes zu entwickeln. Die häufig gestellte Forderung an Regierungen, den Bereich öffentlicher Dienstleistungen zu privatisieren, um Hilfe oder Kredite zu erhalten, kann die Wahlmöglichkeiten der Regierung begrenzen und ihnen das Recht abnehmen, in die Zukunft zu investieren, eben etwa über qualitativ hochwertige Dienstleistungen.

43. Die Gewerkschaften sind äußerst besorgt angesichts des Finanz- und Investitionsbedarfs für die Anpassung an den Klimawandel. Mehrere Berichte¹¹sind zu der Einschätzung gekommen, dass sich der Bedarf an Investitionen (von denen die meisten in den Entwicklungsländern getätigt werden müs-

¹¹ Stern Review zur Ökonomie des Klimawandels, 2006, HM treasury, UK; Haites, Erik – Investitions- und Finanzmittel, die für die Minderung der Folgen des Klimawandels im Jahr 2030 erforderlich sind, 2007; Smith, Joel – Vorläufige Schätzungen für Zusatzinvestitionen und Finanzmittel, die für die Anpassung an den Klimawandel im Jahr 2030 erforderlich sein werden, 2007, Margaree consultants; Freunde der Erde, Klimawandel – die Kosten des Nichthandelns, 2006

sen) auf mehrere zehn Milliarden Dollar bzw. Euro beläuft.

Wasserversorgung, Gesundheitswesen und Infrastruktur wurden als die sensibelsten Bereiche identifiziert, in denen Investitionen dringend getätigt werden müssen. In Entwicklungsländern haben diese Bereiche sowohl unter öffentlichen als auch unter privaten Investitionsrückständen gelitten. Mit öffentlichen Geldern ist es nicht gelungen, Millionen von Bürgern Zugang zu den grundlegendsten Dienstleistungen zu ermöglichen (zu solchen, die ebenfalls am meisten unter dem Klimawandel zu leiden haben werden). Dies lässt sich durch viele Ursachen erklären, u.a. durch Mangel an Ressourcen (begrenzte Steuereinnahmen, verringerte Zuflüsse an Entwicklungshilfegeldern), und eine schlechte Regierungsführung (willkürliche Politik in Bezug auf öffentliche Güter). Eine Analyse privater Beteiligungen in diesen Bereichen in den Entwicklungsländern zeichnet ein noch negativeres Bild (einschließlich der Reduzierung der Zugangsmöglichkeiten zu Dienstleistungen für die ärmsten Bevölkerungsschichten)¹². Die kurzfristige Orientierung privater Investitionen macht diese Bereiche für Investoren weniger interessant, und wenn doch solche Investitionen getätigt werden, so ist ein unausgeglichenes, profitorientiertes Verhalten zu erwarten, da Dienstleistungen wie Wasserversorgung und Gesundheitswesen im Wesentlichen gemeinnützig sind.¹³

44. Wird der neue Konsens über die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen diesen Trend umkehren? Die Gewerkschaften glauben, dass dies nicht automatisch passieren wird. Es muss eine pro-aktive Politik betrieben werden, damit langfristige Investitionsflüsse in diese Bereiche gelenkt werden. Eine demokratische Regierungsführung, die Stärkung des nationalen Steuersystems, eine deutliche Förderung der öffentlichen Investitionen seitens der internationalen Finanzinstitutionen, all das sind mögliche Wege für das Erreichen von zukunftsfähigen Investitionen in diesen Sektoren.

45. Die Gewerkschaften unterstützen einen Prozess, bei dem die UNFCCC mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet, um die Auswirkungen der Handelspolitik, von WTO-Vereinbarungen und anderen auf Maßnahmen festzustellen, die für eine Bekämpfung des Klimawandels erforderlich sind und um zu gewährleisten, dass dort, wo ein Konflikt zwischen einer solchen Handelspolitik und dem Klimaschutz besteht, die Regierungen auf allen Ebenen den politischen Spielraum haben, dem Klimawandel Vorrang zu geben. Zum Beispiel dürfen internationale Patentschutzsysteme, wie TRIPS (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums), nicht die internationale Zusammenarbeit behindern, die Entwicklungsländern Zugang zu vorhandenen und neuen Technologien gegen den Klimawandel verschaffen.

46. Öffentlich finanzierte Forschung, Innovation und Entwicklung müssen Vorrang haben und weit größere finanzielle Unterstützung erhalten, denn sie leiden heute unter den Auswirkungen eines langjährigen Desinteresses gepaart mit Investitionsdefiziten.

¹² Forschungsstelle der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSIRU). <http://www.psiru.org>

¹³ Zitat aus einer neuen Publikation: „öffentliche Behörden, Entwicklungsbanken, Geldgeber und andere sollten die Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik in der Wasser- und Abwasserwirtschaft und im Stromversorgungsbereich/ in der Stromerzeugung überdenken. Es gibt eine allseits bekannte und bewährte Alternative, die in der Branche der öffentlichen Versorger zur Verfügung steht, welche die Risiken vermeidet, dass Unternehmensstrategien in Ihrer Folge Schäden im sozialen und Umweltbereich hervorbringen (Hall, 2001; Gabriele, 2004). Öffentliche Betreiber haben natürlich eigene Erfahrungen mit ihren Problemen, auf Grund von Mängeln im institutionellen Regelwerk (Mangel an Verantwortung von einzelnen Managern, Mitarbeitern oder Politikern), jedoch nicht durch die eigene Unfähigkeit öffentlicher Einrichtungen, sowohl effektiv, effizient und vernünftig, als auch umweltverträglich zu sein. Die Politik sollte eher darauf begründet sein, solide institutionelle und betriebswirtschaftliche Richtlinien zu entwickeln, worin transparente und Mitbestimmungssysteme, geprägt von Verantwortungsübernahme, enthalten sind, als auf Privatisierung“. *David Hall und Emanuele Lobina / Natural Resources Forum 28 (2004) 268–277.*

Der Arbeitsplatz: Ein Handlungsfeld für die Klimapolitik

47. Die Zustimmung zum Klimaschutzpolitik durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird sich verstärken, wenn Fragen der Beschäftigung und Sicherung des Lebensunterhalts in den Mittelpunkt von Politik und Entscheidungsfindung gerückt werden. Dies ist erstens deshalb wichtig, weil es im Produktionsbereich und beim Gebrauch des Produkts zu einer Reduzierung von Treibhausgasen führen wird. Da Arbeitsplätze Energie und andere Ressourcen verbrauchen und Abfall hinterlassen, ist es entscheidend, dass eindeutige Ziele für Arbeitsplätze hinsichtlich ihrer Energieeffizienz, Abfallreduzierung und Reduzierung von Treibhausgasen (insbesondere von CO₂) mit branchenspezifisch und auf nationaler Ebene durchgesetzten Strategien zur CO₂- und Abfallreduzierung verbunden werden. Da drei Viertel aller Treibhausgase aus der Industrie, der Energieerzeugung bzw. -versorgung, aus dem Verkehr und Bauwesen stammen, könnten Maßnahmen an Arbeitsplätzen für das Erzielen von Veränderungen in diesen Bereichen bedeutsam sein.

48. Zweitens wirken sich die Resultate solcher Bemühungen auch beträchtlich auf persönliches und gesellschaftliches Verbrauchsverhalten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus.

49. Es ist auch notwendig, für eine präventive Herangehensweise und frühzeitiges Einstellen auf den Klimawandel im Betrieb und am Arbeitsplatz zu werben. Gestützt werden muss dies durch eine eindeutige Regierungspolitik, klare Rechtsvorschriften und eine Debatte in den Betrieben. Die Themen Klimawandel und Anfälligkeit gegen extreme Wettererscheinungen sollten in allen Branchen etabliert werden. Von jetzt an muss eine proaktive Anpassungsstrategie verfolgt werden.

Norwegische Gewerkschaften rufen einen Klimastrategieplan ins Leben

Der Klimastrategieplan des norwegischen Gewerkschaftsbundes (LO-Norwegen) definiert Bereiche, Prozesse und Ziele für die Mitwirkung der Gewerkschaft an der Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Er ruft zur Umsetzung von Technologien und zu Änderungen im Produktions- und Verbrauchsverhalten auf. Der Plan stellt Herausforderungen und Potentiale in den verschiedensten Bereichen vor, d.h. Umwelttechnologie, kohlenstoffbasierte Energiequellen, erneuerbare Energien, energieintensive Industriezweige, flexible Mechanismen, Verkehr, Tourismus, Konsum und Einkauf, Abfall, örtliche und regionale Verwaltung, Mitwirken von Sozialpartnern am Arbeitsplatz.

LO möchte damit das Bewusstsein für klimabewusstes Handeln in Norwegen schärfen - durch Einbeziehung und Bewusstseinsbildung der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder in einer gemeinsamen Initiative. Der Plan unterstreicht die Notwendigkeit von politischer Courage, adäquaten Mitteln und einer generellen Änderung der inneren Einstellung bei den Menschen. Er zeigt Bereiche auf, in denen es Potentiale für beachtliche Emissionsreduzierungen gibt und mahnt die Regierung, diverse kurz- und langfristige Maßnahmen einzuleiten. LO ruft dazu auf, die vor uns liegenden Schwierigkeiten und Probleme auf breiter nationaler Ebene zu erkennen. Alle Bürger sollten dazu beitragen, und die Kosten sollten gleichmäßig verteilt werden. Geringverdiener sollten dabei nicht belastet werden. LO betrachtet das Klimaproblem als symptomatisch für weiter reichende Probleme, die die globale, nachhaltige Entwicklung betreffen. Durch ein allgemeines Aufwachen und Erkennen dieser Probleme sieht LO die Möglichkeit, die Lebensqualität der Menschen in vielerlei Hinsicht zu verbessern.

49. Eine umweltverträgliche Mobilität, wie z.B. Heimarbeitsplätze oder Pläne für Mobilität auf Dienstreisen liefern gute Beispiele für kooperative und erfolgreiche Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Initiativen. Außerdem stärken sie den Gedanken, dass es Lösungen mit Gewinn für beide Seiten sind, wo mittels Bekämpfung der Emissionen soziale Ausgrenzung verringert werden kann. So sind z.B. in den Mega-Städten der Entwicklungsländer viele Arbeitnehmer und arme Menschen mangels Finanzkraft von den öffentlichen Verkehrsmitteln ausgeschlossen. Hier muss eine gut gestaltete und richtig finanzierte Reform diese Bürger in die Lage versetzen, an

einer besseren Luftqualität, einer verbesserten Integration in das soziale und wirtschaftliche Leben und an einer umweltverträglichen Form des städtischen Nahverkehrs zu partizipieren.

In Spanien arbeitet zum Beispiel die Gewerkschaft Comisiones Obreras (CC.OO.) derzeit an 'Mobilitätsplänen' für Unternehmen und Gewerbegebiete. Einschränkungen bei der Nutzung von Kraftfahrzeugen, Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr, Einführung von Busverbindungen zwischen Arbeitsplatz und nächstgelegenen Bahnhof sowie Werbung für Fahrräder sind einige der wichtigsten vorgeschlagenen Maßnahmen. Derzeit wird geprüft, wie die Fahrtkos-

ten für Arbeitnehmer, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen, mittels Tarifabkommen übernommen werden können. Die CC.OO. hat auch Schulungsveranstaltungen für „Mobilitätsmanager“ und Gewerkschaftsvertreter, die für die Verhandlungen und Folgepläne verantwortlich sind, durchgeführt, sowie Maßnahmen in Unternehmen und Wohnorten realisiert. Zusätzlich wurde der Regierung ein Vorschlag unterbreitet, Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten dazu zu bringen, Mobilitätspläne einzuführen.

50. Solche Strategien werden nicht nur zu einer breiteren Zustimmung zu Klimaschutzpolitik und -maßnahmen führen, sondern auch zu einer besseren Anwendung der Anpassungsmaßnahmen, einschließlich Katastrophenhilfe. Folgende Vorbedingungen sind zu erfüllen, damit die Einhaltung der Bestimmungen und Maßnahmen des Kyoto-Protokolls durch die einzelnen Staaten effektiv gewährleistet werden kann:

- **Mitwirkungsrecht:** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, wenn es um Umweltfragen am Arbeitsplatz geht, das Recht auf Mitwirkung an Entscheidungsfindungsprozessen, die von Gewerkschaftsvertretern in gemeinsamen Arbeitsgruppen für Arbeits- und Gesundheitsschutz oder von gewählten Verantwortlichen für Arbeits- und Gesundheitsschutz durchgeführt werden, oder auch von neu einzurichtenden Umweltausschüssen.
- **Recht auf Information:** Beschäftigte haben das Recht, über Umweltgefährdungen im Arbeitsumfeld unterrichtet zu werden, sobald diese festgestellt und beurteilt werden und die Informationen zu diesen Gefährdungen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Beschilderungen, Materialsicherheitsdatenblätter und Mitarbeiterschulungen zur Kenntnis gegeben werden. Dieser Standard gilt derzeit für Chemieproduzenten bzw. Importeure chemischer Erzeugnisse, muss jedoch ausgeweitet werden, um auch Fragen zu erfassen, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind, d.h. das Recht auf Information über Emissionen am Arbeitsplatz, zur Auswahl zur Verfügung stehender Technologien und zu Vorhaben zur Energieeinsparung, Energienutzung und Energieeffizienz.
- **Schutz von Hinweisgebern („whistleblower“):** Ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin darf nicht zur Verantwortung gezogen oder disziplinarisch bestraft werden, wenn er/sie Methoden am Arbeitsplatz meldet, bei denen davon ausgegan-

gen werden kann, dass sie eine Gefahr für die Umwelt darstellen.

- **Recht auf Ablehnung gefährlicher Arbeiten:** Ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin darf nicht zur Verantwortung gezogen oder disziplinarisch belangt werden, wenn er/sie es ablehnt, Arbeiten auszuführen, von denen er/sie ehrlicherweise glaubt, dass diese Arbeiten eine unmittelbare bzw. ernsthafte Bedrohung für seine/ihre Gesundheit oder für die Gesundheit anderer Beschäftigter darstellen könnten.
- **Recht auf Ablehnung von Arbeiten, die die Umwelt schädigen:** Ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin darf nicht zur Verantwortung gezogen oder disziplinarisch bestraft werden, wenn er/sie es ablehnt, Arbeiten auszuführen, von denen er/sie ehrlicherweise glaubt, dass diese Arbeiten eine unmittelbare bzw. ernsthafte Bedrohung für die Umwelt darstellen könnten.

51. Um die Umsetzung solcher Prinzipien zu erleichtern, ist eine große Anzahl von Problemen der Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen einer Revision zu unterziehen, insbesondere die derzeit geltenden 2,3 Millionen Tarifverträge. Diese stellen die Grundlage einer langen Tradition der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften bei der gemeinsamen Formulierung und Verwaltung von Arbeitsplatzrichtlinien dar. Viele von diesen Regelungen könnten direkt als Klimaschutzmaßnahmen am Arbeitsplatz umgesetzt werden.

52. Gleichzeitig müssen Verknüpfungen zwischen Maßnahmen am Arbeitsplatz und Instrumenten auf internationaler Ebene, die sich mit dem Thema Umwelt auseinandersetzen (z.B. die Aarhuser Konvention über den Zugang zu Informationen oder die Rotterdamer Konvention über gegenseitige Information im Handel mit bestimmten Chemikalien (PIC-Konvention)), und anderen, die Umweltmaßnahmen enthalten (z.B. die Übereinkommen der IAÖ über Chemikalien und Arbeitsschutz), untersucht und weiterentwickelt werden.

53. Wenn Beschäftigte, ihre Arbeit und ihr Wohnumfeld in den Mittelpunkt gestellt werden, könnte das zu einer neuen Arbeitsplatzkultur für den Klimaschutz führen. Ein Beispiel für gute Praxis aus Großbritannien macht deutlich, welche Schritte unternommen werden können, um eine solche Entwicklung zu fördern.

Umweltschutz am Arbeitsplatz

Das Projekt „Green Workplaces“ des Trades Union Congress (TUC) - des britischen Gewerkschaftsbundes - das vom ‚Carbon Trust‘ der Regierung finanziert wird, unterstützt von Gewerkschaftsinitiativen, die eine Senkung des Energieverbrauchs von sechs exemplarisch ausgewählten Betrieben, Behörden und Organisationen in ganz Großbritannien

umfassen: bei Corus Steelworks, Friends Provident (Finanzdienstleister), DEFRA (dem Umweltministerium der Regierung), in der Hauptniederlassung des TUC, bei Scottish Power und im British Museum.

Alle Projekte haben die Einzelgewerkschaften bei der Durchführung von Mitarbeiterumfragen, „grünen“ Tagen der offenen Tür, von Schulungen für „Umweltrepräsentanten der Gewerkschaften“ unterstützt.

Der Grad des Engagements (Zahl der Freiwilligen, die als „Umweltrepräsentanten der Gewerkschaften“ tätig sein wollten etc.) war wesentlich höher als bei solchen Initiativen, die ausschließlich vom Management initiiert worden waren. Dies führte zu neuen Verhandlungsstrukturen mit den Arbeitgebern, wie z.B. zur Gründung gemeinsamer Umweltausschüsse und zum Abschluss bzw. zur Ausarbeitung formeller Vereinbarungen über Arbeitszeit, die seitens der „Umweltrepräsentanten der Gewerkschaften“ für Tätigkeiten in Umweltprojekten aufgewendet werden soll. Die Anzahl der beteiligten Personen war ebenfalls höher als die Anzahl der Beteiligten an anderen Gewerkschaftsinitiativen, was das Potential zum Organisieren und zur Anwerbung von Personal zeigt.

Die „Umweltrepräsentanten der Gewerkschaften“ führten auch Energie-Audits am Arbeitsplatz durch und entwickelten neue Methoden, um den Beschäftigten das Thema „Energieverbrauch“ leicht verständlich zu vermitteln. Dies hat zu realen Energieeinsparungen geführt – so hat der TUC seinen Energieverbrauch in der Nacht beispielsweise halbiert (und sein Restmüllaufkommen um 40 Prozent reduziert), und das British Museum hat seinen Stromverbrauch um sieben Prozent reduziert.

54. Solche Arbeitsplatzprogramme sollten Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter dazu anregen, sich mit dem Arbeitgeber zu engagieren und herauszufinden, wo die Effizienz erhöht werden kann. Eine gemeinsame Festlegung der Ziele, gemeinsame Kontrolle und Überwachung, gemeinsame Aufzeichnungen bzw. Archivierung und die gemeinsame Umsetzung sollten als entscheidende Aspekte von Umweltmanagementsystemen bzw. von Arbeitsschutz-Managementsystemen angeregt werden - in

Verbindung mit Tarifverträgen und anderen gesonderten Partnervereinbarungen. Dort, wo freiwillige Maßnahmen umgesetzt werden, müssen seitens der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsame Kontroll- und Berichtsverfahren entwickelt und umgesetzt werden. Effektive und geeignete Inspektionssysteme, verbunden mit Schulungen zum ‚Capacity Building‘, müssen als Mittel zur Stärkung solcher Initiativen und zur Gewährleistung ihrer Authentizität betrachtet werden.

Die Kampagne „Eco-Life 21“ des japanischen Gewerkschaftsbundes RENGO

Mit dem Ziel der Energieeinsparung, Abfallreduzierung und der umweltverträglichen Verwendung von Papier hat der 6,5 Millionen Mitglieder zählende japanische Gewerkschaftsbund JTUC-RENGO im Jahre 1998 eine Reihe von Initiativen im Rahmen seiner Kampagne „RENGO Eco-Life 21“ gestartet.

Die Kampagne „Eco-Style – keine Krawatte, kein Sakko“: Sie findet während des ‚Aktionsmonats der Gewerkschaften gegen die globale Erwärmung‘ (Juni/September) statt, wenn die Zimmertemperatur am Arbeitsplatz und zu Hause bis zu 28°C beträgt und die Menschen sich Abkühlung verschaffen, indem sie einfach ihre Krawatten ablegen und ihre Kleidung lockern.

In der Gewerkschaftskampagne „Lichtdimmen“ wird die Beleuchtung während der Sommersonnenwende für 2 Stunden ausgeschaltet. Weiterhin soll mit der Gewerkschaftskampagne „Eco-Beutel“ von der Verwendung von Plastiktüten abgeraten werden. Dazu werden in ganz Japan Veranstaltungen durchgeführt, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Umweltprobleme zu lenken.

Mit der beträchtlichen Mitgliederzahl von RENGO haben diese Maßnahmen die Wirkung, dass sie in der Arbeitswelt Fuß fassen und sich auf lange Sicht in der Gesellschaftsstruktur verfestigen.

Die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls im Jahre 2005 hat Japan gesetzlich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen auf ein Niveau von sechs Prozent unter dem Wert von 1990 zu reduzieren - während der ersten Verpflichtungsphase, die 2008 beginnt und noch bis 2012 andauert. Obwohl es derzeit schwierig aussieht, aber in Anbetracht dessen, dass die Reduzierung in Höhe von sechs Prozent eine internationale Verpflichtung für Japan ist, die es zu erfüllen gilt, drängt der Gewerkschaftsbund JTUC-RENGO Regierung und Wirtschaft zur Durchführung praktischer, effektiver Maßnahmen, während er seine Arbeit

an der Kampagne „RENGO Eco-Life 21“, an der auch Gemeinden und Familien beteiligt sind, weiter fortsetzt.

Technologische Möglichkeiten und soziale Verantwortung

55. Soziale, Umwelt- und Beschäftigungsauswirkungen neuer Technologien oder von Technologietransfer müssen im Vorfeld der Förderung und Forcierung solcher Technologien abgewogen werden. Öffentliche Mittel für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich müssen dazu dienen, die negativen Auswirkungen auf den sozialen Bereich und die Umwelt zu prognostizieren und zu unterbinden.

56. Innovation und Technologietransfer sollten innerhalb eines Rahmenwerkes von Regierungsverordnungen, Beschaffung und Investition stattfinden. Die Regierungspolitik sollte relevante Ziele setzen und gewährleisten, dass neue Technologien tatsächlich dazu dienen, die Einhaltung ihrer Zielsetzungen zu garantieren. ‚Capacity Building‘ bei Arbeitnehmern muss ein Ziel bei der Umsetzung des technologischen Wandels sein.

57. Trotzdem wird der technologische Fortschritt allein nicht ausreichen, um den Klimawandel zu stoppen. Wir brauchen enorme gesellschaftliche Veränderungen, die auch auf Veränderungen im Verhalten der Menschen abzielen, sowie auf das Engagement der Bürger.

58. Die Technologie steht schon heute zur Verfügung, eine kohlenstoffintensive Zukunft zu vermeiden, sie muss jedoch umfassend eingesetzt werden. Durch politische Rahmensetzung in Kombination mit derzeit zur Verfügung stehenden Technologien

kann Fortschritt erreicht werden. Das sind zum Beispiel:

- *Energieeinsparung* durch gezielte Steuerung der Nachfrageseite, durch verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, die Entwicklung von Energiedienstleistungen, wie z.B. neue Lichtquellen und energetische Gebäudesanierung;
- *Energieeffizienz* durch höhere Effizienz bei Fahrzeugen und Maschinen, hohe Effizienz im Bauwesen und bei Kühlen und Wärmen von Gebäuden sowie effizientere Kraftwerke, kombiniert mit dezentralisierten und Kleinerzeugerstrategien für Haushalte und kleinere Gemeinden;
- *Investitionen in ein Mix von sauberen, grünen und nachhaltigen Energiequellen*, mit zukunftsfähiger Elektrizität und Brennstoffen, einschließlich Windkraft, Solarenergie und geothermischer Energie, einiger Formen von Biomasse, Mikrohydroenergie, und – besonders für die Nutzung während einer Übergangsphase - Kohleabscheidung- und Speicherung (CCS), Spitzentechnologiefahrzeugen, einschließlich der öffentlichen Verkehrssysteme, effizienter Gaskraftwerke und *Kraftwärmekopplung mit unterschiedlichen Kapazitäten* – je nach Bedarf an Strom und Wärme.

Schwedisches TCO-Eco-Zeichen veranlasst Gewerkschaften zu Aktionen gegen den Klimawandel

Das TCO-Eco-Zeichen wurde von Gewerkschaften entwickelt. Heute findet man es an über der Hälfte aller weltweit verkauften PC-Monitore; insgesamt 7000 Artikel wurden dadurch zertifiziert, was eine Senkung von über 25 Millionen Tonnen der klimaschädlichen CO₂-Emissionen pro Jahr bedeutet (http://www.globalunions.org/pdf/ohsewpO_O2Ae2.EN.pdf)

Die ursprünglich 1992 von der schwedischen Gewerkschaft TCO geschaffene TCO-Entwicklungsabteilung wurde eingerichtet, um die exponentielle Zunahme der TCO-Eco-Zeichen zu bewältigen und um präzise Verträge mit über 100 Unternehmen und Herstellern auszuhandeln, die sich mit den – wie sie es nennen – „4E“: Ergonomics, Ecology, Energy und Emissions (Ergonomie, Ökologie, Energie und Emissionen) beschäftigen. Viele der Unternehmen sind bekannte Markenhersteller wie Hewlett Packard, Fujitsu Siemens, Philips und Samsung (<http://www.tcodevelopment.com/>).

Die TCO-Zeichen sind inzwischen ein sichtbares Warenzeichen an PC-Monitoren, Druckern, Tastaturen, Kopfhörern und Büromöbeln als Nachweis dafür, dass die wichtigsten Standards für die Verwendung von Chemikalien, für Energieeffizienz, Strahlungsbelastung, Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Ergonomie überprüft worden sind. Mit Vertretungen in Schweden, Taiwan, Österreich, Deutschland und Norwegen hat sich die Abteilung das Ziel gesetzt, Werbung für das TCO-Zeichen bei Gewerkschaften, Arbeitnehmern und Arbeitgebern für die Entscheidungsfindung rund um Fragen zu Arbeitsplatz und Personal zu betreiben, mit unschätzbaren Auswirkungen auf den Umweltschutz und eine nachhaltige Entwicklung.

59. Investitionen in erneuerbare Energien könnten - durch Ersetzen von oft importierter Energie gegen einheimisch erzeugte energieeffiziente Technologien und Dienstleistungen - neue Arbeitsplätze schaffen, auch durch anderweitige Wiederaufwendung der eingesparten Energiekosten als zusätzlich verfügbare Einnahmen.

60. Eine vorherige Untersuchung und Analyse muss die Grundlage für die Entwicklung bzw. den Einsatz neuer Technologien und Wachstumstechnologien in umweltverträglicher Art und Weise sein, so z.B.:

- *Kohlendioxidabscheidung und -speicherung* in Kraftwerken, Wasserkraftanlagen und Produktionsanlagen für synthetische Kraftstoffe und Speicherung des CO₂ in unterirdischen geologischen Vorratsspeichern;
- *Speicherung von Kohlendioxid in Wäldern und Böden* durch Reduzierung der Abholzung und durch zunehmendes Aufforsten und naturnahen Ackerbau.

Schlussbemerkungen

61. Die Gewerkschaften heben die Bedeutung der solidarischen Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen hervor. Wir führen Maßnahmen im Bündnis mit zahlreichen nichtstaatlichen Umweltorganisationen, Frauenorganisationen und sozialen Verbänden, mit örtlichen Verwaltungen, Verbraucherschutzorganisationen und vielen anderen Stellen durch. Wir sehen auch die besondere Bedeutung der Zusammenarbeit mit Vertretern indigener Völker und Gemeinschaften, die oftmals als erste vom Klimawandel betroffen sind, und mit den Major Groups der Agenda 21.

62. In der zurückliegenden Dekade sind die ‚Global Unions‘ zu allen Zusammenkünften der Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP) bei der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) hinzugezogen worden. Unsere Arbeit basiert auf der Überzeugung, dass die Anerkennung und Verpflichtung, die Beteiligung der Beschäftigten sicherzustellen und den nachhaltigen Wandel im Beschäftigungsbereich einzuleiten, das Potential der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Kampf gegen den Klimawandel entfalten wird.